

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 8892.

Inserta  
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 50 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Bestimmungen des Wahlreglements, betreffend die Vornahme der **Stichwahlen** von Delegierten zur 6. ordentlichen Generalversammlung in Berlin, setzen wir hiermit den Termin für die Stichwahlen auf

**Sonntag, den 26. April von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr**

fest.

Die Wahllokale bleiben dieselben wie für die Hauptwahlen. Ebenso gilt die in einzelnen Wahlabteilungen und Verwaltungsstellen für die Hauptwahlen etwa abgeänderte Wahlzeit auch für die Stichwahlen. Weitere Abänderungen hinsichtlich der Wahlzeit sind wegen der Kürze der Zeit zu unterlassen und wenn absolut nicht zu vermeiden, am Orte selbst in geeigneter Weise den Mitgliedern bekannt zu machen. Die für die Stichwahlen geltenden Bestimmungen des Wahlreglements geben wir hiermit bekannt:

#### Stichwahl.

Der Termin für eine etwa notwendige Stichwahl wird vom Vorstand anberaunt und im Verbandsorgan bekannt gegeben.

Die Stichwahl vollzieht sich nach denselben Vorschriften wie die Hauptwahl.

Als Kandidaten kommen nur diejenigen in Frage, die nach dem ersten Wahlgang zu Delegierten Gewählte die höchste Stimmenzahl erhalten haben, und zwar immer nur einer mehr, als die Zahl der in der Stichwahl noch zu wählenden Delegierten.

Für die Prüfung der Stichwahlergebnisse gelten die Bestimmungen wie bei der Hauptwahl mit der Erweiterung, daß nunmehr auch alle Stimmzettel, die andere Namen als die der zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten, ungültig sind und nicht mitgezählt werden. Als gewählt gilt derjenige, der die meisten Stimmen erhält. Ist Stimmengleichheit vorhanden, so entscheidet das Los, welcher Entscheidung durch das Zentralwahlkomitee sofort herbeizuführen ist.

Mit kollegialem Gruß

Stuttgart, 6. April 1903.

Der Vorstand.

## Die Berliner Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1902.

Das Ältestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft hat bereits den ersten Teil seines Jahresberichts für 1902 veröffentlicht, der wiederum manches bemerkenswerte über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Berichtsjahr enthält.

Derselben ist zu entnehmen, daß der Berliner Handel mit Stabeisen und Blechen im ersten Halbjahr guten Absatz bei besseren Preisen hatte, während sich im zweiten Halbjahr eine neuerliche Abflauung geltend machte. Günstiger lag der Handel mit Baueisen für Berlin und seine Vororte, das bei befriedigenden Preisen stark begehrt war. Nach den Notierungen der Vereinigung Berliner Eisengroßhändler schwankten die Preise für Flußeisen zwischen 130 Mk. per Tonne anfangs 1902, 145 Mk. Ende April und 135 Mk. am Jahreschluss; für Schweßeisen zwischen 140 Mk., 155 Mk. Ende April und 145 Mk. am Schlusse des Jahres; für Eisenbleche zwischen 150 Mk., 165 Mk. und 160 Mk. Ende 1902 waren also die Preise höher als anfangs des Jahres.

Die Preise für Zinn schwankten zwischen 210 Mk., 270 Mk., 230 Mk. und 250 Mk., im Durchschnitt 245 Mk. pro 100 kg; für Kupfer zwischen 150 bis 160 Mk. und 103 Mk. pro 100 kg. Die großen Schwankungen hängen mit den Preistreibern des amerikanischen Kupfererz zusammen. Die Preise für Elektrokupfer schwankten zwischen 120 und 103 Mk. pro 100 kg, der Durchschnittspreis betrug 110 Mk. Die Produktion nimmt seit Jahren fortgesetzt um etwa 5 Prozent zu, für 1903 wird eine Steigerung derselben um 10 Prozent erwartet. Die Preise für Blei bewegten sich zwischen 21,50 und 24 Mk. pro 100 kg. Bei circa 100 000 Tonnen inländischer Produktion wurden 39 000 Tonnen aus dem Ausland importiert. Die Zinkpreise bewegten sich zwischen 33,50 Mk. und 41 Mk. pro 100 kg, im Durchschnitt des Jahres betrug der Preis 38 Mk., er war aber am Schlusse des Jahres mit 33,50 Mk. erheblich niedriger als im Jahresanfang mit 39 Mk. Die deutsche, namentlich die schlesische Zinkproduktion, nimmt auf dem Weltmarkt eine leitende Stellung ein, 1902 exportierte sie 32 140 Tonnen gegen nur 18 000 Tonnen in 1901 und zwar hauptsächlich nach England.

In der Berliner Metallindustrie machte sich im Berichtsjahr empfindlicher Mangel an ausreichender Beschäftigung und der anhaltende Druck der Preise geltend. Eine Verbesserung der Lage gegenüber dem Jahre 1901 ist

nur insofern zu konstatieren, als nicht mehr wie im Vorjahr Vorräte teurer eingekauften Rohmaterials drückten, sondern mit billigerem Einkauf des Materials gerechnet werden konnte. Insbesondere gering war die Beschäftigung in den Gießereien und die Aufträge waren oft nur zu ungenügenden Preisen zu erlangen. Besonders heftig war die Konkurrenz des Syndikats der westdeutschen Röhren und Gießereien, doch kam dazu auch noch die Konkurrenz der östlichen Werke. Von den Rohmaterialien waren zwar Koks etwas billiger, das englische Roheisen dagegen etwas teurer als im Vorjahr. Die Stundenlöhne der Arbeiter wurden unverändert gelassen, heißt es im Bericht, jedoch ging die Arbeitszeit und damit der Tagesverdienst der Arbeiter zurück. „Entlassungen von Arbeitern scheinen im großen und ganzen vermieden worden zu sein.“ Ungünstig war die Geschäftslage auch für Baukonstruktionen. Es macht sich hier besonders die Konkurrenz von Walzwerken bemerkbar, welche aus Arbeitsmangel dazu übergingen, die von ihnen gewalzten Eisen auch zu Konstruktionen zu verarbeiten und so ein Glied in der sonst zwischen Produzenten und Konsumenten tätigen Kette auszufallen, auf dessen Unternehmerrgewinn ganz oder teilweise verzichtet.

Günstiger war das Geschäft in Gasbehältern, da sehr viele kleine Städte den Bau von Gasanstalten (meistens in Verbindung mit Wasser- und Kanalisationseinrichtungen) in die Hand nehmen, also nicht elektrische Anlagen errichten, da diese, insofern es sich nicht um verfügbare billige Wasserkraft handelt, im kleinen nicht rentabel und teurer als Gaswerke sind. Bemerkenswert ist, daß die bezüglichen deutschen Fabriken im Ausland auf die Konkurrenz dortiger Fabriken stoßen, die mit den von den deutschen Syndikaten zu billigsten Preisen ins Ausland abgestoßenen Materialien (Blechen u. s. w.) arbeiten. Namentlich in Holland besteht eine ausgedehnte Industrie, die lediglich auf dieser Basis steht. „Die deutschen Konstruktionswerke konnten sich meist nur durch die Verbindung mit einer ausländischen Firma helfen, welche die Apparate und Behälter nach den Angaben der deutschen Firmen ausführte. Hierbei muß natürlich ein Teil des Gewinnes an die ausländische Firma abgegeben werden und außerdem erwerben die Ausländer durch einige derartige Bauausführungen die Erfahrung, welche die deutsche Spezialfirma vor ihnen einstweilen noch voraus hat, und sie kommen so bald in die Lage, den deutschen Auftraggeber völlig zu verdrängen und selbst die Arbeit auszuführen; ein Beispiel dafür, wie deutsche Fabriken von Halbfabrikaten, welche Schutz für ihre nationale Arbeit vom Staate verlangen, die nationale Arbeit an den Fertigfabrikanten mit der Zeit schwer schädigen.“ In diesen Vorgängen kommt die Gemein-schädlichkeit der industriellen Schutzzölle und der vaterlands-verräterischen Preisdiskatur der Syndikate wieder einmal zu drastischem und überzeugendem Ausdruck.

Die Lokomotivfabriken hatten etwa denselben Grad der Beschäftigung wie 1901, jedoch wurde es sehr schwierig, neue Aufträge für die weitere Beschäftigung zu erlangen; die Preise wichen etwas. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Lokomotivfabriken übersteigt bei weitem den deutschen Bedarf, so daß sie wesentlich auf die Bestellungen des Auslandes mit angewiesen sind, wo sie der sehr scharfen Konkurrenz der englischen und amerikanischen Fabriken begegnen.

Der allgemeine Dampfmaschinenbau verspürte das Darniederliegen der Industrie, namentlich der elektrotechnischen Industrie, und dabei hatte er unter der Provinzialkonkurrenz zu leiden. Auf diesem Gebiet ist wohl gegenüber dem Jahre 1901 sogar noch ein Rückschritt zu konstatieren.

Der Bau von Kleinbahnen, Feldbahnen und Fabrikbahnen lag in Deutschland sehr darnieder, dagegen lagen erhebliche Aufträge für das Ausland vor. Unter dem Mangel an Beschäftigung litten auch die Fabriken von Spezialmaschinen für die Textilindustrie und Holzbearbeitung sowie von Werkzeugmaschinen aller Art. Das Geschäft in landwirtschaftlichen Maschinen hatte sich im ersten Halbjahr etwas lebhafter entwickelt, wurde im zweiten jedoch wieder matter. Im ganzen wird es als schlecht bezeichnet, auch was den Export betrifft. Gute Resultate erzielten einzelne Fabriken von Spezialmaschinen für Zündholz-fabrikation und für Triebwerke. Schreibmaschinen fanden trotz der gesteigerten Konkurrenz durch die Amerikaner guten Absatz, dagegen war angesichts der verminderten Beschäftigung in den Druckereien weniger Nachfrage nach Schreibmaschinen. Fahrräder und Motorwagen fanden guten Absatz, erstere besonders in billigen und mittleren Qualitäten, während die teureren weniger verkauft wurden. Die Motorwagen werden immer mehr für Luxus- und Geschäftszwecke verwendet.

Geldschränke und Tresoranlagen waren für das Inland wenig begehrt, während deren Absatz ins Ausland befriedigend war. Dasselbe gilt auch bezüglich der Waffen, speziell der Handfeuerwaffen.

Der Geschäftsgang der Weißblech-Emballage-fabrikation hat sich etwas besser als 1901 gestaltet, während bezüglich der Fabrikation von Messingblechen aber ungünstige Preisverhältnisse geklagt wird. Von den billigeren Blechpreisen hatten aber die Fabriken für Beleuchtungs-artikel Vorteil, die jedoch auch wieder billigere Verkaufspreise gewähren mußten. Die Petroleumlampenindustrie war zwar teilweise gut beschäftigt, doch klagt sie über äußerst gedrückte Preise bei erhöhten Unkosten infolge der schnell wechselnden Muster. Die Fabrikation von Gasglühlicht-brennern fand eine gesteigerte Beschäftigung dadurch, daß im Mai des Berichtsjahres seitens der Luergesellschaft der Verkauf in England an Fabrikanten gegen Lizenzabgabe freigegeben wurde, wodurch auch nach Deutschland erhebliche Aufträge kamen.

Das Geschäft in Luxusbronzewaren lag etwa wie im Jahre 1901; bis in den Sommer hinein wurde mit ver-zückter Arbeitszeit fabriziert, etwa seit August war die Beschäftigung wieder besser.

Die Lohngießereien, welche Rohguß für die Be-leuchtungs- und Bronzewarenindustrie herstellen, klagten über äußerst ungünstige Lohnsätze. Auch die Bildgießereien und Verzinkereien berichten nur Ungünstiges. Die Fabriken von Gasbrennern hatten, wie die übrige Gasbranche, sehr starke Beschäftigung, die mit der erwähnten Ausbreitung der Gasbeleuchtung sowie auch mit der Einführung von Gas-automaten bei den Berliner Gaswerken zusammenhing. Die Fabriken von Armaturen (Hähnen von Kesselheizungen, Wasseranlagen u. s. w.) hatten ein leidliches Geschäft, be-klagen aber eine zunehmende Zersplitterung der Aufträge, welche bei der starken Konkurrenz von den Bestellern bald an diesen bald an jenen Armaturfabrikanten vergeben werden. Zentralheizungen waren auch im Berichtsjahre für viele private und namentlich auch für öffentliche Gebäude her-zustellen. Die Beschäftigung der elektrotechnischen Branche mag sich ungefähr auf dem Stande von 1901 erhalten haben, welcher freilich gegen die früheren Jahre einen starken Rück-schritt gebracht hatte. Der Bau von elektrischen Zentralen und Straßenbahnen blieb auch weiter eingeschränkt, weil der Bedarf durch die sehr rege Unternehmungstätigkeit der Vor-jahre ziemlich gesättigt war. Die elektrischen Bahnen in der Industriebezirken brachten Mindereinnahmen, weil die Ar-beiterbevölkerung zurückging und weil bei ihren geringen Einnahmen die gesamte Bevölkerung zu sparen suchte. Diese verminderte Rentabilität hatte Zurückhaltung in der Aus-führung von Neuanlagen zur Folge. Auf den übrigen Ge-bieten der elektrotechnischen Fabrikation dürfte die Beschäftigung mindestens auf dem vierjährigen Stande geblieben sein.

In der Neustüber- und Alfenidwarenbranche war das Geschäft flau, namentlich in den besseren Artikeln. In der Edelmetallbranche war der Absatz in den ersten acht Monaten nicht befriedigend, erst mit dem Herbst trat Besserung ein und auch das Weihnachtsgeschäft war gut.

Aber die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den ver-schiedenen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie werden keine Mittelungen gemacht, doch wissen wir aus den Ver-sammlungen unserer Berliner Kollegen sowie aus den vor-gekommenen Lohn- und Streikbewegungen und endlich aus den in diesem Blatte veröffentlichten Berliner Situations-berichten, wie schwer die Arbeiterchaft unter der fortdauernden wirtschaftlichen Depression leiden und wie oft sie sich gegen die Verschlechterungsversuche der Unternehmer wenden mußten, ohne sie in allen Fällen zu vereiteln. Das Jahr 1902 war somit für die Berliner Metallarbeiter so unbefriedigend, wie das Jahr 1901.

## Wirtschaftliche Umwälzungen in der Eisenindustrie.

Ein Mahnruf für die Metallarbeiter.

In der Eisenindustrie, sowohl in ihren nationalen wie auch internationalen Beziehungen, vollziehen sich Veränderungen, die von tief einschneidender Wirkung für die deutsche Volkswirtschaft, speziell für die Metallarbeiter, sein werden. Die gegenwärtige und zu-künftige Stellung Amerikas als Eisenproduzent auf dem Weltmarkt, die Schutzpolitik, die Preisbildung der Kartelle, die Konkurrenz-kämpfe innerhalb der nationalen Grenzen wie auch auf dem Aus-landsmarkt sind alles Einzelmomente sich vorbereitender tiefwirkender Änderungen in der Eisenindustrie. Es ist der kapitalistische Assimilationsprozeß, der vor einem neuen Abschnitt in seinem revolutionären Vormarsch steht. Diese Tendenz macht besonders sich geltend in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges. Wenn die Nach-frage das Angebot übersteigt, dann wird anscheinend das Gesetz von der Konzentration des industriellen Kapitals zertrümmert, aber es scheint nur so; es vermögen unter günstigen Umständen kleine Unter-nehmungen sich auszuwachsen, Zwergbetriebe können vermehrt ins Leben treten, bricht aber die Krise herein, dann verschwinden die kleinen Betriebe wie Schnee vor der Sonne. Dem entbrennenden Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte sind die kleinen, mittleren und die nicht kapitalstarken größeren Werke nicht lange gewachsen gegenüber den kapitalkräftigen Riesenunternehmungen, denen in dem

Konkurrenzkampf die rationellere Produktion und daneben die Politik der Rohstoffsyndikate und Kartelle hilfreich zur Seite steht. Die mittleren und kleinen Werke kommen zum Erliegen oder sie werden aufgekauft von den großen Unternehmungen. In Deutschland geschieht das in anderen Formen als in Amerika. Hier sehen wir die Konzentration sich vollziehen durch Zusammenschluß der verschiedenen Werke einer Industrie unter einer Leitung (Trusts), die Entwicklung in Deutschland drängt zum Zusammenschluß der verschiedensten Unternehmungen innerhalb der Eisenindustrie zu großen kombinierten Werken, in denen mit aus eigenen Gruben gewonnenem Rohmaterial (Erze und Rohlen) zunächst Roheisen gewonnen, dies dann durch alle Bearbeitungsprozesse hindurch zu den diversen Erzeugnissen verarbeitet wird.

Die Entwicklung in Deutschland wird in hervorragender Weise gefördert durch die Rohstoffsyndikate. Die Preispolitik derselben macht die die gesamten Produktionsprozesse umfassenden kombinierten Werke den Spezialunternehmungen gegenüber überlegen. Das aber nicht allein. Auch gegenüber dem ausländischen Verbraucher von Rohmaterial und Halbzeug werden die deutschen verarbeitenden Werke durch die Syndikate und Kartelle in der Konkurrenzfähigkeit unterbunden.

Man mag das beklagen, geändert wird daran nichts. Es waltet hier kapitalistische Gesetze, es bestimmt die Sucht nach Profit, und keine Moral, keine nationale Erwägung wird den Gang der Entwicklung hemmen. Für den Arbeiter handelt es sich zunächst hier auch um die Frage: Was haben wir als Gewerkschafter gegenüber den sich vollziehenden Umwälzungen zu tun? Bevor wir diese Frage beantworten, soll zunächst ein Bild gezeichnet werden über die Entwicklung in der Eisenindustrie. Es betrug in Deutschland:

Jahr	Insgesamt		Auf den Kopf der Bevölkerung	
	Roheisenerzeugung Tonnenn	Eisenverbrauch Tonnenn	Verbrauch Kilogramm	Roheisenerzeugung Kilogramm
1890	4 658 451	3 920 951	81,7	97,1
1891	4 641 217	3 448 700	69,7	93,8
1892	4 937 481	3 712 795	74,3	98,8
1893	4 953 148	3 659 070	72,5	98,7
1894	5 659 322	3 720 516	73,9	105,5
1895	5 788 798	3 741 349	71,9	105,1
1896	6 860 982	4 728 230	90,1	121,4
1897	6 889 067	5 635 382	104,1	129,8
1898	7 812 766	5 658 949	105,8	136,6
1899	8 143 132	6 985 145	128,4	150,8
1900	8 422 842	6 977 589	131,7	152,1
1901	7 785 887	5 083 318	89,2	140,7
1902	8 402 690	4 237 560	75,6	150,0

Diese Zusammenstellung zeigt, daß Deutschland viel mehr an Roheisen erzeugt als der einheimische Markt an Eisenwaren aufnimmt. 1902 überstieg die Roheisenerzeugung den Inlandsverbrauch um 100 Prozent. Die überflüssigen Mengen müssen im Ausland untergebracht werden. Von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist nun hierbei die Frage, in welcher Form das Eisen ausgeführt wird, ob als Roheisen, als Halbzeug oder als Fertigfabrikat. Die Bedeutung dieser Frage wird leicht klar. Wenn wir vom Ausland einen rohen Goldbarren im Werte von einer Million Mark einführen und dafür Maschinen in demselben Werte ankaufen, so bedeutet das volkswirtschaftlich für Deutschland einen Gewinn. In den Maschinen steckt ein hoher Prozentsatz vorausgabter Arbeitskraft, ein großer Teil des Wertes der Maschinen besteht in den zu ihrer Herstellung erforderlichen Löhnen. In dem rohen Goldbarren steckt aber noch kein Arbeitslohn, den wir bezahlen, es ist, nach vulgären Begriffen, reiner Metallwert. Indem wir vermittels Anwendung von menschlicher Arbeitskraft aus dem rohen Goldbarren Gegenstände herstellen lassen, erhöhen wir deren Kaufwert um das Vielfache. Was nun dem Goldbarren gilt, trifft auf jedes andere Rohprodukt zu, je mehr menschliche Arbeitskraft hineingesteckt wird, desto größer sein Kaufwert.

Da wir nun in Deutschland nicht so viel landwirtschaftliche Produkte gewinnen als zur Ernährung der Bevölkerung notwendig ist, andererseits wir aber auch nicht so reich an mineralischen Schätzen sind, um durch deren Ausfuhr genügend andere Güter heranzubringen zu können, ist es für uns eine Existenzfrage, ob wir viel Materialwerte oder viele Produkte ausführen, deren Wert vorwiegend repräsentiert wird durch die darin stehende vorausgabte Arbeitskraft. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet gibt die obige Zusammenstellung keinen Aufschluß über ihre volkswirtschaftliche Bedeutung, wir sehen daraus bloß, daß die Roheisenerzeugung den Verbrauch bedeutend übersteigt oder daß die Ausfuhr aus Rohprodukt oder Fabrikat bestand, in welchen Proportionen, das bedarf noch genauerer Untersuchung. Die Tabelle zeigt eine ganz gewaltige Zunahme der Produktion, seit 1890 um 80 Prozent bei Roheisen. Seit 1894 wird die Differenz zwischen Erzeugung pro Kopf und Verbrauch größer, der Export steigt sich. In den Jahren 1899 und 1900 kommt aber der Verbrauch pro Kopf und Produktion sehr nahe, der Export ging infolge stärkeren Inlandsverbrauchs zurück. Dann trat wieder eine scharfe Steigerung des Exportes hervor, 1902 fast 50 Prozent der Erzeugung. Das bemerkenswerte Moment hierbei ist wie wir sehen werden, die starke Ausfuhr von Roheisen und Halbzeug, der in den letzten Jahren auch noch eine Verminderung der Ausfuhr an Fertigzeugnissen gegenübersteht. Die Bewegung der Ein- und Ausfuhr wird illustriert durch folgende Tabelle. Es betrug in 1000 Tonnen:

Jahr	Roheisen		Halbzeug		Eisenwaren			
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr		
1897	159	462	898	56	259	49	184	73,4
1898	307	410	970	50	320	59	215	86,6
1899	259	677	867	81	349	77	255	96,7
1900	224	830	428	76	354	73	277	104,0
1901	506	286	1407	45	389	54	558	72,7
1902	1153	177	1676	52	424	35	254	54,4

Die Einfuhrsteigerung ging sowohl bei Roheisen als Halbzeug als auch bei Eisenwaren zurück, inwieweit betrug 1902 die Einfuhr an reinen Eisenwaren und Maschinen noch 20 Prozent von der Ausfuhr solcher Produkte. Recht bedauerlich ist die Entwicklung der Ausfuhr; bei reinen Eisenwaren und Maschinen sank dieselbe von 1900 gegen 1902 um 2300 Tonnen während gleichzeitig die Ausfuhr in derselben Zeit stieg; bei Roheisen und Halbzeug um 92000 Tonnen, das ist 410 Prozent; bei Halbzeugen um 548000 Tonnen oder 59 Prozent. Also, Exportrückgang bei Fertigfabrikaten und ganz gewaltige Zunahme bei Roheisen und Halbzeug.

So erheblich die Exportsteigerungen erschienen mögen, unter den Umständen, die daraus erwachsen, tragen sie aber eine Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft und besonders für den deutschen Metallarbeiter. Um diese Gefahr dem Leser deutlicher erkennen zu lassen, ist es notwendig, auch noch kurz die Ein- und Ausfuhrzahlen für Amerika vor Augen zu führen. Für Amerika stellen sich die bezüglichen Ziffern wie folgt in Tonnen:

Jahr	Roheisen		Halbzeug		Eisenwaren	
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr
1900	63 404	291 572	34 982	48 040	12 971	109 196
1901	63 937	32 477	20 452	14 426	8 231	29 072
1902	626 389	27 927	111 262	9 562	291 410	2 448

In Prozent ausgedrückt ergibt sich folgendes: Es betrug 1902 gegen 1900 die

	Roheisen	Halbzeug	Eisenwaren
Einfuhrsteigerung	1090 Prozent	218 Prozent	2158 Prozent
Ausfuhrabnahme	948	402	1860

Einer ganz gewaltigen Zunahme der Einfuhr steht eine noch bedeutendere Abnahme der Ausfuhr gegenüber. Amerika hat aber auch seine eigene Roheisenproduktion seit 1893 mehr als verdoppelt, dieselbe stieg 1902 fast gleichmäßig bis auf 19 106 448 Tonnen gegen 7 238 494 Tonnen im Jahre 1893. Es geht daraus hervor, daß Amerika in den letzten Jahren ungeheure Mengen Fertigzeugnisse herstellte, Materialwerte einfuhrte, deren Konsumwert durch die Verarbeitung zu den verschiedenen Fertigzeugnissen enorm gesteigert wurde. Die Einfuhrzunahme und Ausfuhrabnahme bei Rohprodukten und Halbzeug fällt zusammen mit Steigerung des Verbrauches im Lande. Dem Werte nach ging die amerikanische Ausfuhr 1899 von 105 690 047 Dollar auf 97 892 036 Dollar im Jahre 1902 zurück.

Einen orientierenden Überblick geben wir noch in folgender rohen Zusammenstellung. Es betrug für Roheisen und Halbzeug in 1000 Tonnen:

Jahr	Deutschlands		Amerikas	
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr
1900:	830	224	101	448
1902:	177	1153	1098	40

Während in Deutschland die Einfuhr um 650 000 Tonnen zurückging und die Ausfuhr um 930 000 Tonnen stieg, nahm die Entwicklung in Amerika den umgekehrten Gang, die Einfuhr stieg um 937 000 Tonnen, die Ausfuhr erfuhr eine Minderung um 408 000 Tonnen. Berücksichtigt man dazu noch die Eigenproduktion, so gewinnt man folgendes Bild. Es betrug der Verbrauch an Roheisen und Halbzeug (Produktion einschließlich Einfuhr, ab Ausfuhr) in 1000 Tonnen:

Jahr	Deutschlands		Amerikas	
	1900	1902	1900	1902
Deutschlands:	9 029	8 286		
Amerika:	13 663	19 105		

Die starke Produktions- und Einfuhrsteigerung in Amerika bedeutet einen wachsenden Verbrauch an Fertigfabrikaten. Hätte Amerika nicht aus Deutschland die benötigten Mengen Roheisen und Halbzeug beziehen können, war es jedenfalls gezwungen, mehr Fertigfabrikate einzuführen. Die Kartellpreispolitik in Deutschland ermöglichte aber die Einfuhr der verlangten Produkte unter Bedingungen, welche die Konkurrenz der deutschen Fertigindustrie auf dem Außenmarkt schwer schädigten. Die Rohstoffsyndikate verkaufen nach dem Ausland nämlich zu wesentlich billigeren Preisen als im Inland. Wiederholt ist konstatiert worden, daß Verbraucher deutschen Halbzeugs im Ausland kauften, daselbst zurücktransportierten und trotz der doppelten Fracht, die bezahlt war, das Material noch billiger hereinbekommen hatten, als wenn sie es direkt von den deutschen Kartellen gekauft hätten. Unter diesen Umständen ist die Rohmaterial- und Halbzeug verbrauchende Auslandsindustrie in der Lage, durch Bezüge aus Deutschland nicht nur im eigenen Lande, sondern auch auf dem Auslandsmarkt, ja selbst in Deutschland, der deutschen Fertigindustrie erfolgreich Konkurrenz zu machen. So wird durch die Syndikatspreispolitik die deutsche Arbeit „geschützt“. Daß dadurch auf die Arbeitsverhältnisse in Deutschland ungünstig eingewirkt, ein Aufschwung in der Fertigindustrie gehemmt und treibend auf das Bestreben gedrängt wird, durch Kürzung der Löhne die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen, liegt auf der Hand. Und die Syndikatspolitik wirkt noch durch einen anderen Umstand drückend auf die Löhne, überaus verschlechternd auf die Arbeitsverhältnisse. Durch die Rohstoffverbände werden für den Inlandsverbraucher die Preise in die Höhe geschraubt. Die Steigerung der Kohlen- und Kokspreise treibt steigend auf den Roheisenpreis, dieser wieder auf den Preis für Halbzeug u. s. w. Die reinen Metallwerke u. s. w. die Fertigindustrie können dieser Preissteigerung aber nicht entsprechend folgen, weil die Rohstoffverbände die Schröpfung der Abnehmer im Inland dazu benutzen, nach dem Ausland weit billiger zu verkaufen. Die Kosten der Syndikatspolitik haben hauptsächlich alle diejenigen Verbraucher zu tragen, die nicht selbst Rohmaterial besitzen und Rohprodukte erzeugen. Die großen kombinierten Werke, welche eigene Kohlengruben besitzen, selbst Koks produzieren, in ihren Hochofen Erze aus eigenen Gruben zu Roheisen verarbeiten und aus diesem weiter in eigenen Betrieben Halbzeug und Fertigprodukte herstellen, werden durch die Preispolitik der Syndikate nur in begrenztem Umfang getroffen und sind daher allen den Werken, welche auf Bezug von Rohprodukten u. s. w. angewiesen sind, nicht nur im Inland, sondern auch auf dem Auslandsmarkt bedeutend überlegen. Diese Verhältnisse haben unter den betreffenden Werken einen wilden Konkurrenzkampf entfesselt, der verschiedentlich vernehmbar wurde durch Ruhe der bedrängten Werke nach gesetzlichem Schutze und staatlicher Hilfe. Und dieser Konkurrenzkampf wird für die Arbeiterkraft fühlbar durch Lohnrückgang und Verlängerung der Arbeitszeit, wodurch die um ihre Existenz kämpfenden Werke sich zunächst konkurrenzfähig zu erhalten suchen. Der Kampf wird aber erst in seiner ganzen Schärfe entbrennen, wenn Amerika nicht mehr Rohmaterial importiert zum Inlandsverbrauch, sondern in seiner Fertigindustrie, gestützt durch die deutsche Syndikatspolitik, der durch diese Politik geschwächten deutschen Halbzeug- und Fertigwaren herstellenden Industrie auf dem Auslandsmarkt und in Deutschland selbst Konkurrenz macht. Die großen, kapitalkräftigen und billiger produzierenden kombinierten Werke können eine solche Konkurrenz aushalten, aber für die anderen Werke lautet dann das Sterbegelächeln. Sie werden verzwweifelt gegen den Untergang kämpfen und in verzweifelter Weise durch Lohnreduktion und größere Ausnutzung der Arbeiter sich über Wasser zu halten suchen und die Großindustrie wird auf diesem Wege willig folgen.

Küßt die Arbeiterschaft in der Eisenindustrie sich nicht für die kommenden Ereignisse, dann gehen die Arbeiter schweren Zeiten entgegen. Die Kämpfe um den Absatzmarkt werden meist mit Verachtung der kleinen und mittleren Werke enden, die großen Werke reizen die Produktion an sich und gebieten über die in verschlechterte Verhältnisse geschickten Arbeiter. Die Existenz der dem Untergang geweihten Werke zu retten, dazu ist die Arbeiterschaft nicht in der Lage, es ist auch nicht ihre Aufgabe; im Gegenteil: ihr eigenes Interesse zwingt sie dazu, den Konkurrenzkampf abzulösen durch mögliche Verbindung von Lohnreduktionen und sonstigen Verschlechterungen. Dies ist natürlich nur möglich durch starke, kampfsfähige, gut organisierte Organisationen. Diese sind notwendig, um nicht nur während der vorangehenden wirtschaftlichen Stappe die Interessen der Arbeiter zu wahren, sondern auch nachher den wenigen übermächtigen Industriemagnaten gegenüber die Rechte und Interessen der Arbeiter verteidigen zu können.

Sowas je, dann ist jetzt brennend notwendig, mit aller Kraft an der Stärkung und dem Ausbau der Organisation zu arbeiten. Der deutsche Metallarbeiter wird es bitter bereuen und schwer zu büßen haben, wenn er nicht für die unabweislichen Kämpfe rüstet. W. D.

**Der Generalstreik.**

Unser Artikel „Der Generalstreik“ in Nr. 9 dieses Blattes hat uns einige „liebenswürdige“ Angriffe im anarchischen Neuen Leben eingetragen, denen aber jede sachliche Begründung fehlt. In dem genannten Artikel ist eine

anarchistische Broschüre über den Generalstreik kritisch beleuchtet und ihr Verfasser, Siegfried Nacht, als Pseudonymus behandelt worden. Nun erklärt sein Bruder im Neuen Leben in einem Schimpfsartikel, daß Siegfried Nacht kein Pseudonym, sondern der wirkliche Name des Verfassers sei. Durch eine einfache Berichtigung in diesem Blatte hätte unser bezüglicher Jertum aufgeklärt werden können. Nachdem aber nicht nur im Neuen Leben, sondern auch brieflich uns versichert wird, daß S. N. kein Pseudonym und daß er kein agent provocateur, nehmen wir hiermit die in dem Artikel in Nr. 9 gebrauchte Wendung: „... daß man hinter dem Pseudonymus Siegfried Nacht nur einen ganz verneigten agent provocateur vermuten kann“, zurück. Zu der Annahme, daß es sich um ein Pseudonym handelt, gelangten wir infolge des Umstandes, daß uns dieser Name noch nirgends begegnet ist und sodann durch den Inhalt der Broschüre, der, wenn er keine Polizeimache ist, doch eine solche sein könnte. Siegfried Nacht hat mit seiner Broschüre den Anarchisten, insbesondere den deutschen, wie der gesamten Arbeiterbewegung den denkbar schlechtesten Dienst geleistet. Gestützt auf sie könnte die Polizei nicht bloß jeden Generalstreik, sondern auch jeden Partialstreik, wenn Anarchisten dabei beteiligt sind, mit aller Rücksichtslosigkeit und Brutalität unter dem Vorwand niederschlagen, daß nicht bloß die „öffentliche Ordnung“, sondern auch die „Sicherheit des Eigentums“ gefährdet sei, daß es sich um einen Streik mit Plünderung, daß es sich um die soziale Revolution handle. In Spanien ist es ja bereits so weit, dort wird jeder Streik als anarchischer Generalstreik mit Plünderung, als soziale Revolution behandelt und von Polizei und Militär blutig niedergeschlagen. Die Zahl der Opfer, die diese unsinnige Taktik die spanischen Arbeiter seit Jahren kostete, ist eine sehr große. Es lag also sehr nahe, hinter dem Verfasser der anarchischen Schrift über den Generalstreik einen agent provocateur zu vermuten.

Ist schon bei dieser Sachlage die Aufregung und Enttäuschung im zweiten Artikel des Neuen Leben verwunderlich, so weiter auch deshalb, weil derselbe bestätigt, was in der nachtschen Broschüre mit Bedauern konstatiert wird, daß die deutschen Anarchisten von dem Generalstreik mit Plünderung nichts wissen wollen beziehungsweise „nur sehr wenige Anarchisten in Deutschland an die Durchführbarkeit der in der Broschüre vorgeführten Mittel glauben“. Die Erwähnung des nachtschen Bedauerns über die ablehnende Haltung der deutschen Anarchisten in unserem Artikel beweist auch, daß es uns bei der kritischen Beleuchtung der Broschüre nicht darauf ankam, den deutschen oder den Anarchisten überhaupt „eins auszuweisen“, sondern nur darauf, die Unzweckmäßigkeit und Verwerflichkeit des Generalstreiks mit Plünderung, die Dummheit, die die bezüglichen Darlegungen allein schon vom taktischen Standpunkt aus darstellen, darzutun.

Etwas gewalttätig wird im Neuen Leben ein Widerspruch zwischen der Metallarbeiter-Zeitung und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband konstruiert, weil erstere in Nr. 9 den Generalstreikartikel, der den Anarchisten so wenig gefällt, brachte und auf der anderen Seite der Deutsche Metallarbeiter-Verband in dem von ihm herausgegebenen Metallarbeiter-Notizkalender die Adressen mehrerer französischer Metallarbeiterorganisationen anführt, die ihrerseits auf dem Standpunkt des Generalstreiks stehen. Durch die Anführung der Adressen der Vorstände dieser Gewerkschaften in seinem Kalender hat aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht im mindesten sein Einverständnis mit dem anarchischen Generalstreik erklärt, sondern nur die französischen Metallarbeiterorganisationen als gewerkschaftliche Bruderorganisationen anerkannt. Der Verfasser des Artikels im Neuen Leben weiß wohl, daß auch unter den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften Anarchisten sind, daneben aber auch Nationalsoziale, Liberale, Ultramontane, Sozialdemokraten, weil eben die Gewerkschaften den Beitritt nicht von einer bestimmten Parteifarbe abhängig machen. Hier sind also Berufskollegen und Berufsgenossen mit gleichen Interessen und dieses Verhältnis bestimmt auch die internationalen Beziehungen der gewerkschaftlichen Berufsverbände. Zu allem Überflusse sei noch bemerkt, daß natürlich auch die französischen Metallarbeiterorganisationen, wie die Gewerkschaften in Frankreich überhaupt, nicht nur aus anarchischen gestimmten Mitgliedern sich zusammensetzen, sondern aus Mitgliedern, die verschiedenen politischen Parteien und sozialen Richtungen angehören, so daß nicht von anarchischen Gewerkschaften in Frankreich geredet werden kann. Das Bekenntnis der französischen Gewerkschaften zu dem anarchischen oder sozialrevolutionären Generalstreik ist übrigens, wie der Verlauf der Generalstreiks der letzten Jahre gezeigt hat, ein rein theatralisches. Denn diese Generalstreiks waren eben tatsächlich nichts anderes als gewerkschaftliche Kämpfe von mehr oder weniger großem Umfang.

Diese Aufklärungen genügen hoffentlich auch dem Neuen Leben. Die niedrigen Beleidigungen aber, die in dem Blatte gegen uns geschleudert wurden, weisen wir auf das Entschiedenste zurück.

**Belgischer Brief.**

Brüssel, Ende März.  
Vor einiger Zeit machten die Merikalen den Versuch, auch in die Brüsseler Metallarbeiterbewegung einen Keil zu treiben. Ob oder inwieweit ihnen dies gelungen ist, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen, weil sie hinter den Kulissen agierten, wie überhaupt die ganze Tätigkeit unserer Merikalen oder — um einen kuranten Ausdruck zu wählen — der Christlich-Sozialen in tiefes Geheimnis gehüllt ist. Wer sich hierüber in der ultramontanen Parteipresse informieren will, müht sich vergeblich, und auch die christliche Gewerkschaftspressen, die aus zwei oder drei in flämischer Sprache erscheinenden Blättern besteht, schweigt sich über diese Dinge gründlich aus. Deshalb lassen sich erste Daten über die christliche Arbeiterbewegung nur auf Umwegen beschaffen. Nur die offiziellen Organe, in denen die in das offizielle Vereinsregister eingetragene Vereine publiziert werden und



**Die Vertreter der Arbeitgeber:**  
 H. Kirchhoff, D. Auer, Friz Magney, G. Kiebeder,  
 A. Sudhaus, S. Schlieper.

**Sferlohn, den 22. März 1903.**  
 Geschlossen:

Der Herr Bürgermeister Frische, Sferlohn, wurde nun erwartet, daß der Fabrikantenverein diesen Abmachungen zustimmen würde. Aber weit gefehlt! Die Herren wollen den Kampf! Dem Bürgermeister ging folgendes Schreiben zu:

Sferlohn, den 21. März 1903.

Herrn Bürgermeister Frische, Sferlohn.  
 Auf die gefällige Zuschrift vom 20. cr. erwidern wir ergebenst, daß in der heute abgehaltenen Generalversammlung unserer Vereinigung, in der 60 Fabrikanten vertreten waren, folgender Beschluß einstimmig gefaßt worden ist:

Nachdem die Vereinbarung vom 23. d. Mts. die Zustimmung der Arbeitnehmer nicht gefunden hat, vielmehr seitens der letzteren weitere Forderungen aufgestellt worden sind, ist die erwählte Vereinbarung hinfällig geworden und werden die darin gemachten außerordentlich weitgehenden Zugeständnisse an die Arbeiterorganisationen hiermit aufgehoben. Auf weitere Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen wird verzichtet.

**Fabrikanten- u. Arbeitgebervereinigung von Sferlohn u. Umgegend.**  
 Fr. Kirchhoff, D. Auer, Friz Magney.

Also kalten Blutes wollen die Fabrikanten die Sache auf die Spitze treiben. Worin bestehen nun die „weiteren Forderungen“? In der Einstellung eines einzigen Arbeiters! Wie verhält es sich nun damit?

Es war selbstverständlich und wurde unter dem Stillschweigen der Unternehmervertreter am 28. März von unseren Vertretern hervorgehoben, daß wir der Meinung wären, es handle sich um Annahme von 30 Arbeitern von den 32, die in den Streik getreten waren. Herr Hens hatte aber außer diesen noch 6 junge Leute selbst gelündigt und am Sonntag kesselte sich heraus, daß unter den 30 Leuten, die eingestellt werden sollten, sich auch die letzteren 6 befänden. Hätten unsere Vertreter am Samstag eine Mitteilung der Streikenden bei sich gehabt, so konnte dies gleich festgestellt werden. Es ist aber selbstverständlich, daß wir für die Leute eintraten, die in den Streik getreten sind. Wir ersuchten deshalb am Sonntag Morgen Herrn Hens, uns zu sagen, welche Gründe er den 6 Leuten, die in der Dreißigerliste nicht enthalten waren, vorläge. Er entsprach diesem Wunsche und die Arbeiter bereiteten dann über diese Gründe. Es maulte das Bestreben ob, wenn möglich Frieden zu schließen, und so kam es, daß von den 6 Leuten 3 auf ihre Einstellung bei Hens verzichteten, auf die Einstellung von 2 verzichteten die Arbeiter, weil der Eine sich gegen die Streikleitung verhalten hatte und gegen den Anderen ein Strafverfahren schwebte. Nur die Einstellung eines Eingigen, gegen den auch nicht der geringste Grund vorlag, verlangten die Arbeiter. Der Herr Bürgermeister, der an unserer Sitzung teilnahm, bat Herrn Hens zu sich und letzterer erklärte sich dann bereit, den betreffenden Arbeiter wieder einzustellen.

Der Fabrikantenverein sagt nun, daß die Arbeiter „weitere Forderungen“ aufgestellt hätten. Wer logisch denken kann, beachte folgendes: Am Samstag sagte Herr Kirchhoff unter Zustimmung der Unternehmervertreter: **Wieviel und welche Arbeiter Herr Hens einstellt, ist seine Sache, darum kümmert sich der Fabrikantenverein nicht!**

Nachdem auf Zureden des Herrn Bürgermeisters Herr Hens noch einen Arbeiter mehr einstellt und der Herr Bürgermeister in einem Schreiben an den Fabrikantenverein noch die persönliche Bitte anspricht, dieser Änderung zuzustimmen, fasseln die Herren von „weiteren Forderungen“. Wo sind weitere Forderungen vorhanden? Was für Arbeiter Herr Hens einstellt, geht doch den Fabrikantenverein nach dem Ausspruch seines Vorsitzenden nichts an!

Es sind also andere Gründe, die den Fabrikantenverein zu seiner Stellungnahme veranlassen. Und was für Gründe sind es? Es ärgert die Scharfmacher im Verete, daß die beiderseitigen Kommissionen sich auf Anerkennung der Organisationen geeinigt haben, die Herren wollen Sklavendamm der Arbeiter aber kein Mitbestimmungsrecht!

Die Herren wollen auf ihr Maßregelungsbureau, den „Arbeitsnachweis“, nicht verzichten, einige von ihnen freuen sich darauf, daß infolge dieses Mittels die „kleinen“ bankrott gehen, ihnen ist auch das schäblichste Konflikt recht, um sogenannten Schmutzintelligenz zu beschaffen.

Wir sind uns bewußt, alles getan zu haben, um den schwereren Konflikt zu vermeiden, wir werden auch in Zukunft mit derselben unerschütterlichen Ruhe, die uns bis jetzt die Sympathien der Würgerschaft erhalten hat, unseren Weg weiter gehen.

Wir wollen nichts als unser Recht, die Anerkennung der Organisationen. Dafür kämpfen wir, und mit uns die Hirsch-Danderschen Gewerksvereine und der christliche Metallarbeiter-Verband. Und wir bauen auf die Unterstützung unserer Kollegen in ganz Deutschland.

Der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Spiegel, schreibt uns:

Die Kündigung von über 4000 Arbeitern ist erfolgt! Die Unternehmer haben den Kampf heraufbeschworen, sie mögen nun auch die Folgen tragen. Ein Hirna magt noch in einem Hundschreiben an ihre Kunden, von dem Terrorismus der unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Gewerkschaften zu fasseln, in einem Augenblick, wo Christliche, Hirsch-Dandersche, Sozialorganisierte und Metallarbeiter-Verbandsler eine geschlossene Front bilden und gewillt sind, mit allen gesetzlichen Mitteln ihr heiligstes Recht, das Recht der Organisationen, zu verteidigen. Die Unternehmer sehen ihr Mittel nicht; blindwütiger Haß gegen alles, was Organisation heißt, hat sie zu diesem Vorgehen getrieben. Schon die eiserne Klotz der Arbeiter, die Disziplin, die an den Tag gelegt wird, die überfüllten Versammlungen wüsten die Unternehmer gezeigt haben, was für ein gefährliches Spiel sie treiben. Mit dem Bewußtsein, alles getan zu haben, um die Anspannung zu verhindern, setzen wir dem Konflikt entgegen und werden auch mit derselben Kaltblütigkeit in Zukunft an der Seite der Sferlohner Arbeiter und Arbeiterinnen stehen, um in den ersten Reihen für ihr Recht zu kämpfen. Nicht die Sferlohner Arbeiterschaft allein hat man zum Kampf gezwungen, sondern man hat den Fehdehandschuh den gesamten organisierten Arbeitern hingeworfen und bis ich der festen Überzeugung, daß sich die organisierten Arbeiter gerade so zeigen, wie beim Hamburger Hafenarbeiterstreik und an anderen Orten. Von den gefährlichsten Arbeitern und Arbeiterinnen sind 1700 im Fabrikantenverein (Sozialorganisation), 1400 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, die übrigen im Hirsch-Danderschen und Christlichen Gewerksvereine.

Kollegen, die meisten unserer Mitglieder sind noch nicht unterstützungsberechtig und habe ich deshalb den Hauptvorstand ersucht, Hilfe anzugehen, damit die angefertigten Kollegen unterstützt werden können. Ich ersuche die Kollegen, ihr Solidaritätsgeld zu bewahren und den Kampf, der unserer Kollegen und Kolleginnen angebrochen worden ist, zu dem übrigen zu machen.

Keine Lohnforderungen sind es, wodurch der Kampf entstanden ist, aber besser gefaßt ertragen wird, nur um die Organisationen zu verteidigen sind die Sferlohner Arbeiter und Arbeiterinnen bereit, mit Opfern und Jähzorn für ihr heiligstes Recht zu kämpfen. Deshalb dürfen wir nicht aufhören an euch zu appellieren.  
 Dagebaur. Spiegel.

**Zur Generalversammlung.**

Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 22. März wurde über die Anträge zum Verbandsstag weiter beraten. (Siehe die Anträge aus Berlin in Nr. 14. Ab.) Der Antrag: „In die Statuten der Verbände, einen besetzten Bezirksleiter aufzustellen, so ist derselbe in einer Bezirkskonferenz auf ein Jahr zu wählen“, beantragte Kollege Sandke eingehend, indem er aus-

sührte, nicht der Hauptvorstand solle entscheiden, sondern die Bezirke selber müßten am besten wissen, wen sie wählen und ihr Vertrauen schenken wollen. Man solle nur an die Wahl des Gauleiters in Schlesien denken; dort müßte man sich erst einen Gauleiter, der vorher als Verwaltungsbeamter in Hannover tätig war, verschreiben lassen. Er sei der Meinung, daß jemand, der ständig in Schlesien läge, sei der Sache näher stände. Und wenn die Gauleiter alljährlich, wie alle anderen Beamten, zur Wahl ständen, so würden die Bezirke schon wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Andere Kollegen meinten, die Provinz solle selbst mit Anträgen kommen. Einzelne wollten die Bezirksleiter auf zwei Jahre gewählt wissen. Zuletzt meinte ein Redner, daß die Statutenberatung auf dem Verbandsstag immer im Galopp ginge, wenn dem nicht so wäre, hätte es gar nicht vorkommen können, daß man in Nürnberg einen derartigen Passus aufnahm, wonach die Gauleiter drei Monate Probearbeit in Stuttgart machen müßten. Nach Berlin hätte man dieselben senden müssen, hier war Gelegenheit für dieselben sich auszubilden, aber nicht in Stuttgart, wo es keinen Streik gebe. Schließlich einigte sich die Versammlung dahin, daß sie den Antrag, so wie er gestellt war, annahm. — Zur Delegiertenwahl waren von den Vertrauensmännern der Bezirkskonferenz 53 Vorschläge gemacht worden. Durch Vorschläge aus der Versammlung erhöhte sich die Zahl auf 68.

**Sieberich a. Rh.** Die Auszahlung der Tagelöhner besteht jetzt schon annähernd drei Jahre, aber trotzdem herrscht eine Unkenntnis und Willkür in den meisten Bahnhöfen, wie man sie kaum für möglich halten sollte. In Siebenheim hatte ich den Fall, daß ich von Hall aus, über welche Strecke ich drei Tage brauchte (diese Strecke beträgt 78 Kilometer, also 3 Kilometer mehr, als statutengemäß für drei Tage bezahlt werden soll), nur zwei Mark bekam, also für zwei Tage; ein anderer Kollege, der von Ulm kam (die Strecke beträgt circa 40 Kilometer), bekam auch für zwei Tage bezahlt. Es sind solche Fälle zu Dutzenden anzuführen. Von Augsburg bis München sind es 69 Kilometer. Es werden zwei Tage ausbezahlt; von München nach Augsburg ist doch jedenfalls auch nicht weiter, aber es gibt für drei Tage. Ich bin von Reutlingen nach Ravensburg gereist, die Strecke beträgt circa fünf Tage auf geradem Wege, bekam aber in Ravensburg nur drei Mark; der Wirt, der das Reisegeld ausbezahlt, sagte, ich hätte über Ulm gehen müssen. Welcher vernünftige Mensch geht, wenn er von Reutlingen nach Ravensburg will, über Ulm? In Schweinfurt, wo ich von Eisenach herkam, sagte mir der Wirt, er dürfe nicht mehr wie drei Mark auszahlen. Ich möchte nur wissen, wozu die Statuten da sind, wenn in einzelnen Orten nicht darnach gehandelt wird. Mit den Aufenthaltstagen verhält es sich ebenso. München, Nürnberg, Stuttgart zahlt keine; Augsburg, Würzburg, Mainz zahlt Aufenthaltstage. Es wird Zeit, daß die diesjährige Generalversammlung festsetzt, was gezahlt werden soll.  
 Richard Jung, Klemperer.

**Frankenthal.** Am 22. März fand hier eine Konferenz für die Bahlabteilung 57, umfassend die Orte Frankenthal, Speyer, Worms, Oggersheim und Eßigheim-Oppau, statt. Die Anregung dazu gab die Bahnhöfliche Oggersheim. Die Kollegen von Oggersheim legten zunächst die Gründe dar, die sie veranlaßten, die Konferenz zu beantragen. Diese bestanden hauptsächlich darin, daß sich die Bahnhöfliche Oggersheim in einer Mitgliederversammlung einstimmig für die Einführung der Krankenzuschüsse ausgesprochen hatte. Die Diskussion war eine sehr regere. Die meisten Redner sprachen jedoch gegen die Einführung der Zuschüsse. Im Prinzip war man mit der Einführung der Krankenzuschüsse einverstanden, jedoch sei der Entwurf des Vorstandes unannehmbar. Die Gegner führten ins Feld, daß man die bereits eingeführten Unterstützungen besser ausbauen soll, so die Arbeitslosenunterstützung und die Umzugsvergütung. Bei der ersteren soll man besonders darnach streben, daß die Karenzzeit falle, da wir Arbeiter meistens ja doch nur von der Hand in den Mund leben. Die Umzugsvergütung könne nur der schägen, der schon einmal gezwungen war, bei einem verloren gegangenen Streik wegzuziehen. Der jetzige Zeitpunkt würde für eine Vertragsserhöhung als ungeeignet betrachtet. Die meisten Kollegen gehörten schon einer Krankenkasse an und es würde ihnen bei 50 Pf. Verbandsbeitrag eine unerschwingliche Leistung aufgebunden, da sie aus ihrer Krankenkasse nicht austreten könnten. Die Verschmelzung der Metallarbeiterkrankenkasse mit dem Verband sei mit der Zeit immer noch möglich. Unbedingt müsse aber eine Urabstimmung stattfinden.

**Hadlach i. B.** In unserer am 28. März abgehaltenen Mitgliederversammlung fand auch die Einführung der Krankenzuschüsse auf der Tagesordnung. Nach einem eingehenden Referat des Kollegen Zimmermann und reger Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich die Versammlung im Prinzip für Einführung der Krankenzuschüsse erklärte. Sie betrachtet sie jedoch, kurz nach der Krise eingeführt, als einen Hemmschuh unserer Bewegung. Um die bereits bestehenden Unterstützungs-einrichtungen besser ausbauen zu können, sollen unsere Delegierten in der Erhöhung des Beitrags auf 35 Pf. zustimmen. Eventuell soll die Entscheidung durch Urabstimmung erfolgen.

**Hohenstein-Ernstthal.** In einer am 22. März abgehaltenen Versammlung wurde Stellung zur Einführung der Krankenzuschüsse im Deutschen Metallarbeiter-Verband genommen. Die Versammlung erkannte an, daß eine Regelung nebst Ausbau des Unterstützungswesens sowie eine Beitragserhöhung kommen muß. Sie erachtet aber den Zeitpunkt zur Durchführung der ganzen Vorstands-vorlage als nicht günstig, da nicht genügend Klarheit herrscht und auch die jetzige Geschäftslage zur Vorsicht mahnt. Eventuell solle eine Urabstimmung herbeigeführt werden.

**Kemmlitz.** Im Anschluß an das vom Kollegen Leber-Jena am 8. März gehaltene Referat über Einführung eines Krankenzuschusses in unserem Verband wurde die Diskussion hierüber in der am 11. März abgehaltenen Mitgliederversammlung fortgesetzt. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß sie in der Einführung einer Krankenzuschüsse eine moralische Pflicht gegen die Mitglieder erblickt, sie ist aber mit dem Projekt des Vorstandes nicht einverstanden.

**Nürnberg.** In zwei gut besetzten Versammlungen beschäftigten sich die Mitglieder der hiesigen allgemeinen Verwaltungsrates mit der Vorstands-vorlage. Kollege Rößing betonte, daß er die Vorlage nur als ein Provisorium betrachte, daß auf einer späteren Generalversammlung weiter ausgebaut werden müsse. Die vom Hauptvorstand angefertigte Rechnung erscheine ihm fast zu vorsichtig, die Veranlagung der Parteizeit von einer Woche auf mindestens drei Tage sei notwendig. Die Beschlüsse, die auf Einführung der Krankenzuschüsse der Kampfescharakter geschwächt wird, treffen durchwegs nicht zu viel eher sei das Gegenteil der Fall. Durch die Einführung der Krankenzuschüsse könne der Verband in die Lage, die Bekämpfung der Krankheiten besser auf die Finger zu klopfen. Es sei auch zu befürchten, daß der neue Reichstag die Krankenzuschüsse demnach verabschiede, daß den freien Hilfsklassen die Existenzbedingungen so erschwert werden, daß sie sich auflösen oder dem Privatversicherungsgesetz unterstellen. Dann würde man froh sein, wenn im Verband die Krankenzuschüsse eingeführt sei. Kollege Kämmerle stellt sich ganz auf dem Boden der Vorlage. Er hält eine Verringerung der Parteizeit ohne weitere Beitragserhöhung für nicht durchführbar. Wenn ihm auch dieser Gedanke sympathisch erscheine, so dürfe nicht verkannt werden, daß die Krankenzuschüsse im Verband nur Mittel zum Zweck sei. Durch die Einführung der Krankenzuschüsse würden auch unsere Finanzen eine bedeutende Stärkung erfahren, was aus bei Differenzen sehr zu gute kommen dürfte. Auf den in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung vorigen Jahres von Kollege Weidl geschriebenen Artikel bemerkt Redner, es sei nicht recht verständlich, wie Weidl aus dem Jahresbericht 1901 der allgemeinen Verwaltungsrates Nürnberg eine Veränderung der Aufsicht der Ortsverwaltung herauszufindern kann. In dem Jahresbericht sei nur enthalten, was für Gründe die ausgetretenen Mitglieder vorgebracht haben; damit könne doch aber nicht befangen werden: Die Verwaltung habe die Meinung, daß bei niedrigeren Beiträgen die Leute nicht angetreten wären. Er (Redner) habe

vielmehr die Ansicht, daß ein großer Teil der Ausgetretenen sehr wohl in der Lage gewesen wäre, die Beiträge weiter zu bezahlen und daß die Begründung weiter nichts als eine faule Ausrede war, um sich vom Verband auf eine Zeitlang drücken zu können. Gätten die Betroffenen ein größeres materielles Interesse an dem Verband und dadurch auch mehr Rechte zu verlieren gehabt, so hätten sie sich die Beiträge fünden lassen und wären Mitglieder geblieben, so wie sie es in den Krankenkassen gemacht haben. Es sei daher vollständig falsch, wenn Weidl behauptet, bei höheren Beiträgen würden in der Zeit der Krise noch mehr Austritte zu verzeichnen sein. Eine Änderung in der Ansicht, ob der Verband nur Kampfesorganisation oder eine solche mit Unterstützungs-einrichtungen sein soll, sei allerdings bei einem Teile der Verwaltungsratsmitglieder und bei der über-großen Mehrzahl der Mitglieder der Verwaltungsratsstelle seit Bestehen des Verbandes eingetreten. Bei Gründung des Verbandes waren die Nürnberger der Meinung, mit einem mäßigen Beitrag würden die nichtorganisierten Metallarbeiter in Scharen zu der neugegründeten Kampfesorganisation strömen. Die Hoffnungen erfüllten sich nicht und der Verband war eben nur dem Namen nach eine Kampfesorganisation, weil ihm die notwendigen Mannschaften und das noch notwendige Geld zum Kampfführen fehlte. Man sah, daß die große Mehrzahl der Beigetretenen nach kurzer Zeit dem Verband wieder den Rücken lehnte. Viele ließen sich aufnehmen, weil am Orte oder in ihrem Geschäft eine Differenz ausgebrochen war oder auszubrechen drohte; nachdem die Differenz beseitigt und sie vielleicht auch eine Summe an Entschädigung bezogen hatten, wurden sie ebenfalls wieder fahnenflüchtig. Dies alles hätten die Nürnberger Mitglieder beobachtet und darnach gestrebt, diesen Mißstand durch Einführung von Unterstützungs-einrichtungen zu beseitigen. Ein guter Teil dieses Mißstandes sei durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beseitigt und der andere Teil soll durch die Einführung einer Krankenzuschüsse vollends beseitigt werden. Wenn Weidl gegenüber den Mißständen blind gewesen sei, so möge er den Nürnberger, die ihre Augen aufgemacht und deshalb ihre Ansicht geändert haben, daraus keinen Vorwurf machen. Es sprachen in dieser Versammlung noch 2 Kollegen für und wider die Einführung der Krankenzuschüsse. In der zweiten Versammlung erklärten sich noch eine größere Anzahl Kollegen für klassifizierte Beiträge. Verlegt wurde das Verhalten Deisingers, der die einjährige Karenzzeit in der Vorstands-vorlage als reaktionär bezeichnet habe. In der Metallarbeiterkrankenkasse werde aber nach dem Statut den Mitgliedern im Falle der Erkrankung schon nach vier-teljähriger Mitgliedschaft Krankengeld versprochen, in einem Regulative werden aber die Ortsverwaltungen angewiesen, denjenigen, die im ersten halben Jahre der Mitgliedschaft erkranken, einfach das Krankengeld zu zahlen. — Die Versammlung stimmte der Vorlage des Vorstandes zu, hält aber eine Aufhebung beziehungsweise Verringerung der Parteizeit für mangelhaft, jedoch nur, wenn die rechnerischen Grundlagen dafür vorhanden sind. Des weiteren wird eine höhere Unterstützungs-kasse für nötig gehalten, die eine anderweitige Versicherung der Mitglieder überflüssig macht. (Die gestellten Anträge siehe in Nr. 14.)

**Nendeburg.** Am 21. März fand eine Ortsmitgliederversammlung statt, auf deren Tagesordnung die Einführung der Krankenzuschüsse stand. Kollege Fischer sprach sich aus verschiedenen Gründen gegen Einführung derselben aus. Die anwesenden Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden und verlangten zunächst den Ausbau der bestehenden Unterstützungs-zweige. In der einstimmig angenommenen Resolution ist ausgesprochen, daß wir im Prinzip nicht Gegner einer Krankenzuschüsse sind, aber den jetzigen Zeitpunkt für nicht geeignet halten, da die Reise- und Arbeitslosenunterstützung noch des Ausbaues bedürftige Einrichtungen sind.

**Schmalzkalben.** In der am 25. März abgehaltenen Mitgliederversammlung beschäftigten wir uns hauptsächlich mit der Einführung der Krankenzuschüsse. Kollege Kirsch führte uns die ganze Geschichte der Krankenzuschüsse vor Augen und kam zu dem Schlusse, daß das Krankenzuschüsse für die Zukunft auf dem Boden der Gewerkschaften zu suchen sei, denn diese seien es, welche durch wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter und durch Versicherung gegen Arbeitslosigkeit die Vorbedingungen für einen, trotz niedriger Beiträge, entsprechenden Krankenzuschüsse schaffen. Heute sei aber die Zeit hierfür noch nicht da, besonders hätten wir der Krise Rechnung zu tragen und die jetzt bestehenden Unterstützungs-zweige besser auszubauen. Eine in diesem Sinne gefaßte Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

**Weiskenen.** Die Mitgliederversammlung vom 22. März befaßte sich mit der Einführung der Krankenzuschüsse. Kollege Hausmann-Mainz hatte das Referat übernommen. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip für die Einführung der Krankenzuschüsse, hält aber den Vorschlag des Vorstandes für verbesserungsbedürftig.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

- Ausgeschlossen aus dem Verband** wird nach § 3 Absatz 7 des Statuts:  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:  
 der Metallarbeiter Paul Kempe, geb. am 21. Januar 1876, zu Breslau, Buch-Nr. 163948, wegen Denunziation.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle Magdeburg:  
 der Hilfsarbeiter Oswald Bremer, geb. am 24. Oktober 1861 zu Magdeburg, Buch-Nr. 383036, wegen Streikbruch.  
 der Former Hermann Schmidt, geb. am 24. Januar 1868 zu Rogasen, Buch-Nr. 461400, wegen unkollegialchem Verhalten.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wilhelmshurg:  
 der ? ? Albert Rehnert, geb. am 19. Februar 1870 zu Bolmsdorf, Buch-Nr. 333347, wegen verschiedener Schwin-delen.  
**Wieder aufgenommen** wird:  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in München:  
 der im Oktober 1894 für nichtwiederzunehmefähig erklärte Schlosser Josef Krämer in München.

**Gevarnt** wird vor dem Mitgliede Karl Dahm, übergetreten am 30. März 1901 in Niederfelditz auf Buch-Nr. 55845. Dahm reißt mit zwei Mitgliedsbüchern und wechselt dieselben aus, wenn er auf eins derselben ausgeleuert ist.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Gärtnerstraße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.  
 Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Quittung**

über die vom 1. bis 31. März 1903 bei der Hauptkasseneingangseneinigen Verbandsleiter.

- Bonn: Altenburg 1500. Altona 600. Wfcherleben 200. Tue 300. Bergedorf 130. Berlin 7500. Bieber 100. Bielefeld 900. Bochum 200. Brandenburg 800. Bremen 600. Bremerhaven 1500. Breslau, Klemperer 200. Chemnitz 2400. Darmstadt 150. Dessau 100. Detmold 60. Döbenbach 122,50. Döbheim 86. Dülken 144. Dur-lach 500. Düsseldorf 800. Eisenburg 150. Elze 28,06. Eßing 100. Essen a. Ruhr 500. Eßlingen — 80. Feuerbach 100. Finsterwalde 100. Flensburg 200. Frankenthal 100. Frankfurt a. Main 2000. Ger-bweiler 57,49. Gelsenkirchen 400. Gevelsberg 400. Goldlauter 87,60. Götting 100. Halle a. S. 200. Hanau 100. Hannover 600. Har-



# Korrespondenzen.

## Feilenhauer.

**Hemfisch.** Noch immer steht die Sache der ausgesperrten Arbeiter der Firma Ostermann gut. Wir haben vorige Woche sogar zu verzeichnen gehabt, daß die besten Maschinenhauer, die noch da waren, dem Betrieb Valet gesagt und sich solidarisch erklärt haben. Dagegen ist der Arbeiter Friedrich Truß jahnenküchtig geworden. Auch der Maschinenhauer Hermann Herberer aus Venner hat trotz der ihm am 28. März ausgehenden Unterlassung am 31. März die Arbeit aufgenommen. Einige der Arbeitswilligen können es nicht unterlassen, sobald sie das Fabriktor hinter sich haben, die Streitposten mit Schimpfwörtern zu traktieren; wahrscheinlich denken sie, sie könnten die Aussperrten auf diese Weise zu Drohungen oder beleidigenden Äußerungen veranlassen. Aber das gibt es bei uns nicht. Wäge Herr Ostermann sen. im Verein mit seinen Söhnen nach so viel Mittel erfinden, möge Herr Ostermann sen. noch die Streitposten mit Ziegelsteinen bedrohen, um sie tot zu schmeißen, wie er sich vor einigen Tagen geäußert hat — alles dies macht den Sinn der Kollegen nur noch kaltblütiger und hartnäckiger. Wir eruchen, den Zugang nach hier streng fernzuhalten. Auch bitten wir die Kollegen von Hemfisch und Umgegend, fleißig von den Sammellisten Gebrauch zu machen, damit wir den Ausständigen unter die Arme greifen und die vielen Nebenausgaben bestreiten können. Sämtliche von uns ausgegebene Sammellisten tragen den Stempel des Gewerkschaftsstellens Hemfisch.

## Formier.

**Kiel.** Wohl mancher Kollege ist nach Kiel gekommen, weil er hoffte, hier einen lohnenden Verdienst zu finden. Des einen oder anderen Wunsch ist auch wohl in Erfüllung gegangen, d. h. daß er Arbeit bekommen hat. Aber recht enttäuscht ist auch wohl mancher gewesen, wenn ihm am Vohntag ein Stundenlohn von 35 Pf. ausbezahlt wurde. Besonders in der neuerbauten Gießerei von Krupp, Abteilung Eisengießerei, haben eine ganze Reihe von Kollegen die Ehre, für diesen Stundenlohn arbeiten zu dürfen. Aber nicht allein da, auch in anderen Gießereien werden solche Löhne bezahlt. Zieht man dagegen in Betracht, daß gerade Kiel eine Stadt ist, die sich in Bezug auf Steuern, Wohnungsmiete, Lebensmittelpreise getraut mit jeder Großstadt messen kann, so muß man sich wundern, wie die Kollegen mit einem solchen Verdienst existieren können. Noch trauriger sind die Zustände bei Howaldt; hier werden Löhne bezahlt, die jeder Beschäftigte spottet. Es wäre manchem Kollegen von Howaldt zu empfehlen, einen Kursus als Hungerkünstler durchzumachen. Bei einem guten Erfolg würde es sich vielleicht besser lohnen als bei Howaldt als Formier zu arbeiten. Das Wort „Organisation“ ist aber auch bei den Kollegen recht verpönt geworden, so daß man bald nicht mehr weiß, ob bei Howaldt noch organisierte Kollegen arbeiten oder nicht. So mancher ältere Kollege, der früher auf hohem Kasse lag, sieht jetzt in der Räucherammer, genannt Metallgießerei. Hier wäre auch das Sprichwort anzuwenden: Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan, er kann gehen. In der letzten Zeit beschäftigte man sich in verschiedenen Nebenvereinigungen damit, wenigstens einen Mindestverdienst von 40 Pf. pro Stunde zu erreichen. In zwei kleineren Gießereien hat man hiermit auch einen kleinen Erfolg errungen. Anders verhält es sich bei Krupp, hier werden die Kollegen auf „bessere Zeiten“ vertröstet oder man verweist auf den großen Haufen eingehender Offerten von Kollegen, die sich um Arbeit bemühen. Besonders von Magdeburg sollen in der letzten Zeit eine Masse derartiger Schreiben eingegangen sein. Es wäre den arbeitshungrigen Kollegen, bevor sie sich in Kiel um Arbeit bemühen, zu empfehlen, erst Erkundigung durch unser Bureau, Bergstraße 11, einzuziehen. (Siehe das Adressenverzeichnis des Verbandes.)

**Süßen.** Am 1. Januar 1903 trat ein neuer Formiermeister Namens Brandisch in der Eisengießerei Aktiengesellschaft vorn. Ang. Paschen seine Stellung an. Sofort nach seinem Antritt versuchte er die Arbeitsfrage erheblich herabzusetzen. Er hatte jedoch mit einer Anzahl organisierter Kollegen zu rechnen und so fiel ihm die Reduktion nicht so leicht, wie er es sich vielleicht vorgestellt hatte. Daß er den Formieren keinen besonderen Respekt einflößen konnte, beweist die Tatsache, daß derselbe, wenn er um Angabe der Arbeit oder sonstigen Rat befragt wurde, einfach antwortete: „Mir ist es egal, machen Sie's, wie Sie's wollen, Hauptsache ist, daß es gut weardt.“ oder „wenn Sie's nicht wissen, ich weiß es ooch nicht.“ Daß die organisierten Formier dem Meister ein Dorn im Auge waren, beweist er durch allerhand Schikanen. z. B. zahlte er einem unorganisierten Formier, welchen er von Meißner — seinem letzten Anstaltsort — hierher kommen ließ, 9 Mk. für dasselbe Stück Arbeit, wofür ein anderer Formier nur 6 Mk. erhielt. Dem unorganisierten Formier wurde der selbstverschuldete Ausstoß bezahlt, den anderen Formieren nicht. Auch ist es vorgekommen, daß ein verheirateter Formier wegen Arbeitsmangel hätte gehen müssen, dagegen hatte der unorganisierte Formier schon mehrere Tage im voraus Möbelle auf seinem Plage liegen. Ferner ist es vorgekommen, daß verheiratete Formier mit 5 Kindern 18 Mk. bei täglich 13stündiger Arbeitszeit in der Woche verdienen haben, der unorganisierte Formier aber mit 40 Mk. wöchentlichem Verdienst nach Hause ging. Man munkelt sogar, daß die organisierten Formier, die schon drei Jahre in der Fabrik beschäftigt sind, einem Gehalt von Meißner Platz machen mußten. Daß diese Verhältnisse zwischen dem Meister und den Formieren auf die Dauer nicht zu ertragen waren, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Deshalb beschloßen die Formier, sich schriftlich an den Direktor Max Paschen zu wenden. Sie vertrauten auf die „Zuverlässigkeit“ des Herrn Direktors, die er so oft im Munde führt. Nach dem letzten Formierstreik sagte er zu den Formieren: „Ein jeder soll bei mir zuversichtlich werden, bei etwaigen Differenzen wenden Sie sich vertrauensvoll an mich, damit es nicht wieder zum Streit kommt.“ Der an den Direktor Paschen gerichtete Brief war sehr höflich abgefaßt; es wurden die obigen Verhältnisse eingehend geschildert und hinzugefügt, daß solche Verhältnisse auch nicht im Interesse der Firma liegen könnten. Man vertraue auf das frühere Gutgeheißene des Herrn Direktors und hoffe, daß er eine baldige Regelung herbeiführen werde. Auf diesen Brief erhielten die Formier zunächst überhaupt keine Antwort. Sie verlangten deshalb Herr Direktor Paschen zu sprechen. Darauf bekamen sie den Bescheid, daß es sich Herr Paschen verhalte, daß jemand nach dem Kontor komme. Montag und Dienstag sei er verreist und Mittwoch läme er selbst. Er ließ sich aber nicht sehen, vielmehr erklärte am Donnerstag früh der Meister, daß vier von den Formieren ihre Sachen packen sollten und binnen einer halben Stunde die Fabrik verlassen mußten. So belohnt man heutzutage das Vertrauen von Arbeitern, welche die bestmöglichen Ansprüche bezüglich eines geregelten Arbeitsverhältnisses äußern. Wir wünschen Herrn Paschen, daß er diese „Zuverlässigkeit“, welche er den gemäßigten Formieren zu teil werden ließ, nicht zu betonen braucht.

## Metallarbeiter.

**München.** In der Kugeler Stahlwerkfabrik, Aktiengesellschaft, vorm. Schwarzmeier (Motorfabrik), sind seit drei Wochen 52 Dreher und Maschinenarbeiter wegen Streikdifferenzen von schlechter Behandlung im Streit. Seit dem 30. März sind 40 bis 50 Schloßer dem Streit beigetreten, sie weigerten sich, Streikarbeit zu verrichten (sie sollten nämlich an den Drehbänken arbeiten). Zugang ist streng fernzuhalten.

**Görlitz.** Am 27. März wurde in der Waggonfabrik der Eisenbahner J. Ostrow, Mitglied des Arbeiterausschusses, entlassen. Da aber erst Abordnung der Direktion Arbeiterausstufungen wegen Mangel an Arbeit nicht stattfinden sollen, so wurde Ostrow höflich ersucht, seine Entlassung zu nehmen. O. war seit Mai 1901 als Dreher beschäftigt und als solcher ein guter Arbeiter, was auch aus seinem Zeugnis hervorgeht. O. war unter den Drehern nicht der beste, trotzdem wurde ihm zweimal Arbeit von der Drehbank weg-

genommen, während jüngere Arbeiter noch als Dreher beschäftigt wurden. O mußte erst Kessel räumen, was er auch tat, ohne daß er sich dazu verpflichtet fühlte. Später sollte er dann Löcher knurren. O. mußte dies ablehnen, da sein Gesundheitszustand — er hatte vor kurzem erst Rippenfellentzündung — diese Arbeit wegen der erforderlichen gebückten Körperhaltung nicht verträgt. Andere Arbeit, die er bei gerader Körperhaltung verrichten konnte, wollte er nicht verrichten, auch wenn es keine Dreharbeit wäre. Solche Arbeit hatte man aber nach den Erklärungen des Meisters und des Obergemeinders nicht für O. Trotzdem weigerte man sich hartnäckig, zu belohnen, daß O. wegen Arbeitsmangel entlassen würde, denn — die Lachter und die Sattler arbeiteten ja bis 8 beziehungsweise 9 Uhr! Man bot dem Eisenbahner O. merkwürdigerweise aber keine Arbeit als Lachter beziehungsweise Sattler an! Jedenfalls ist in der Arbeiterschaft auf Grund der oben angeführten Tatsachen die Meinung verbreitet, daß man nicht ganz zufällig den Eisenbahner O. von der Drehbank wegholt, als jüngere Kollegen noch dortstehen. O. sollte sogar angefangene Arbeit nicht fertig machen, worauf er sich aber nicht einließ. Da jetzt noch Arbeit unter O.s Drehbank liegt, so wird die Entlassung O.s zweifellos von seinen Kollegen als Maßregelung betrachtet. Die ganze Affaire ist wieder ein Beweis für die „gesicherte Existenz der Arbeiter“. Wenn die fälschlich gerühmte Pensionskasse, die Hauptwohlfahrtsrichtung der Waggonfabrik wirklich des vielen Geldes der letzten Zeit wert wäre, dann müßte O. bei der Entlassung mindestens pensioniert worden sein. Davon hört man aber nichts.

**Immenau.** Auf welche Art und Weise Herr Hornberger seine Arbeiter behandelt, davon wollen wir kurz ein kleines Beispiel anführen. Als vor 3 Jahren ein Schloßer wegen der schlechten Heizung im Winter vorstellig wurde, bekam er zur Antwort: „Zur glauht wohl, das Geld fällt mir zum Armel heraus?“ Und die Heizung wurde nicht besser, sondern schlechter. Als sich die Arbeiter dem Verband anschließen wollten, wurden den Schloßern schöne Neben vorgemacht. Als aber die Mißstände und die Behandlung der Arbeiter jeden Tag schlechter wurden, waren die Kollegen gezwungen, Front dagegen zu machen. Allerdings wurde das für Herrn Hornberger sehr bedenklich und er mehrte sich folgendermaßen: Er warf zwei Kollegen aus Straßenspazier, er sagte, er hätte keine Arbeit mehr und müßte nicht, wo er den Lohn herbekommen sollte, seine Leute auszubehalten. Nun gut, wenn Herr Hornberger keine Arbeit mehr hätte, brauchte er doch keine neuen Arbeitskräfte einzustellen, diese muß er doch auch bezahlen. Die Lehrlinge müssen wegen „Mangel an Arbeit“ öfters bis nachts 11 Uhr arbeiten. Ja, Herr Hornberger, Lehrlingsarbeit ist auch billiger, und läßt sich machen dabei ein Geschäft. Wenn wir richtig unterrichtet sind, kommen zu den 7 Lehrlingen zu Eltern noch 3 dazu. Die Kollegen, die entlassen wurden, haben aber auch einen Vorteil davon, denn sie brauchen sich wenigstens nicht mehr sagen zu lassen: „Verfluchtes Kindvieh, ich schlage dir den Schädel ein.“ Ich trete dich in A. . ., daß du zur Hölle hinans fliegst!“ u. s. w. Darum, Metallarbeiter von Lunge und Umgegend, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

**Lübeck.** Die Lübecker Maschinenbaugesellschaft erachtet die Zeit für gekommen, um den Arbeitern die ihnen im Mai 1900 zugesicherten Vergütungen für Nacht- und Überstundenarbeit wieder zu kürzen. Der „Entbehrungslohn“ an die Aktionäre — 9 Prozent — war ja auch zu beschneiden, und deshalb muß mit aller Energie darauf hingearbeitet werden, daß dieser Ausfall wieder weilt gemacht wird. Einer Kommission gegenüber, die mit der Direktion verhandelte, wurde dieser Abzug damit motiviert, daß andere Gesellschaften bedeutend billiger lieferten. Es ist hier wieder der Arbeiter, auf welchen der Verlust abgewälzt werden soll. Das verlorene Jahr ist für die dort beschäftigten Arbeiter kein gutes gewesen; während des größten Teiles desselben haben sie 8 Stunden gearbeitet und sich in einzelnen Branchen Müddereduzierungen gefallen lassen müssen. Die Gesellschaft ist aber ganz zufrieden, denn sie hat laut Bericht in den Lübb. Anz. unter Berücksichtigung der Verhältnisse mit einem angemessenen Verdienst abgeschlossen. Auch Vorstand und Beamte kommen nicht schlecht weg, sie erhielten 71191 Mk. Der Aufsichtsrat bekam für seine „Mühe“ 68832 Mk. — Die Arbeiter würdigsten in einer Versammlung obige Zahlen in der richtigen Weise. Wie die Kommission berichtete, hat die Direktion erklärt: Die Arbeiter müßten auf diese Zeitungsschreiberi nichts geben, denn die Zahlen wären nicht richtig. (Gewinnt sind natürlich die Lübb. Anz. u.) Die Versammlung nahm nach eingehender Aussprache eine scharfe Protestresolution gegen das Vorgehen der Gesellschaft an und vertrat, für den weiteren Ausbau der Gewerkschaften Sorge zu tragen. — Die Schredschüßer der Direktion wegen Schließung des Betriebes, weitere Lohnreduzierungen, Entlassung von Arbeitern u. impozierten die Versammlung sehr wenig. Wenn auch vielleicht die Direktion glaubt, durch die im Vorjahre erfolgte Entlassung einiger Kollegen, zu denen die Arbeiter Vertrauen hatten, man gebuldige Schäfschen gezogen zu haben, so mögen sie sich dabei nur nicht in den Fänger schneiden. Die Zeit wird sie eines anderen belehren!

**Wannheim.** In der „Süddeutschen Drahtindustrie“ in Waldhof haben am Freitag den 3. April infolge Ungenügens ihrer Forderungen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Zugang, insbesondere von Drahtziehern und Flechtern, ist fernzuhalten.

**Wannheim.** In der Rheinischen Gasmotorenfabrik Benz & Co. sind ernste Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

**Mühlhausen i. Th.** Selten bekommt man auswärts etwas von der Lage der hiesigen Metallarbeiter zu hören. Geschieht es dennoch einmal, so ist es nichts Gutes. Am 23. März fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Maschall-Stadtgut über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Metallarbeiter, speziell bei der Firma Claes & Flentje referierte. Kollege Maschall verstand es, die Mißstände bei dieser Firma klar vor Augen zu führen. In erster Linie ist hier das Vorarbeiterstufen fest eingewurzelt; diese Vorarbeiter glauben ein Recht darauf zu haben, die ihnen unterstellten Arbeiter so viel wie möglich auszubeuten. Zahlen doch die Vorarbeiter die Löhne aus, und dabei bekommen sich manche dieser Herren, als wenn sie das Geld aus ihrer Tasche zahlten. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden, und dieser langen Arbeitszeit reihen sich würdig die „hohen“ Löhne an, 18, 20, 24 Mk. u. s. w. für 14 Tage ist nicht seltenes. Ja, es kommt tatsächlich vor, daß Familienwäter mit — sage und schreibe — 8 Mk. für 14 Tage zu Hause gehen müssen. Dadurch ist es auch nur möglich, daß Vorarbeiter und Meister 200 bis 400 Mk. in 14 Tagen einbringen können. Auch kommt es oft vor, daß Arbeiter stundenlang loslagern ohne Arbeit heranzufahren müssen, ohne daß sich die Vorgesetzten darum kümmern. Und trotzdem sind in letzter Zeit Abzüge von 30 bis 45 Prozent gemacht worden. Das Frühstünd- und Wespertölen außerhalb der Fabrik ist verboten worden; ein Arbeiter, der sich das Frühstünd durchs Fenster reichen ließ, wurde bestraft. Benützung steht gänzlich. Besonders sind zwei Säle, in denen fast täglich Kolophonina zum Fällen der Hölzer geschicht wird, so daß es die Arbeiter vor Qualm nicht aushalten können und einige auch schon eine Lungenentzündung haben bekommen müssen. Andere Lagen aber überaus miserabel, denn die Heizung ist im Winter sehr mangelhaft. Das Abdröhen der Schloßer sowie das Kehren der Säle durch die Lehrlinge während der Arbeitszeit wird höchst unangenehm. Der Rauch- und der Speisequal, die vor zwei Jahren anlässlich des Provinzial-Stadttags in vollstem Schande prangen, sind jetzt teils verschloffen oder dienen als Lageräume. Das Pflösch gleicht einem Schlafsaal und riecht bestialisch, auch ist die Feuchtigkeit von oben durch. Früher erhielten die Hausmeister das Schmutzgelde gratis, später mußten sie 8 Pf. für den Bogen bezahlen und bekamen dafür eine Balge. Später wurde die Balge wieder entzogen, aber die Arbeiter mußten nach wie vor 8 Pf. für den Bogen bezahlen. Da man der Lohndrücke bei Abnahme von 25 Bogen nur 6 Pf. bezahlt, beschwerten sich die Arbeiter. Heute kostet bei der Firma Claes & Flentje der Bogen Schmutzgelde nur 6 Pf., jedenfalls aber macht die Firma noch ein gutes Geschäft dabei. Auch die

Behandlung seitens einiger Meister und Vorarbeiter läßt zu wünschen übrig. Hauptsächlich in der Fräselei tut sich der Meister hervor; sein Rahmenbau ist der Vorarbeiter, der die Arbeiter schlamert, Nebenarbeiten als da sind: „Ich schlage Ihnen den Rahmen an dem Kopf!“ „Wer die Arbeit nicht gut macht, wird entlassen,“ oder: „Arbeiten Sie, wo Sie wollen,“ kennzeichnen diesen Herrn zur Genüge. Als ein geradezu unerhörter Mißstand ist die Feilen- und Werkzeug- sowie Materialausgabe zu bezeichnen. Feilen gibt es nur alle 14 Tage und muß man froh sein, überhaupt welche zu erhalten; kommt es doch oft vor, daß man Feilen vier- bis sechsmal wieder mitnehmen muß. Ganz besonders tut sich dabei der Magazin-arbeiter Schmolz hervor. Führt dieser Mann eine Feile mit seinem weichen Fingern an und sie kratzt noch ein wenig, so gibt es einfach keine und kommt es dabei häufig zu unliebsamen Ausritten. Beschwert sich nun einmal ein Arbeiter bei Herrn Claes, so heißt es: „Wenn es Ihnen nicht paßt, so wissen Sie was Sie zu tun haben.“ Daß bei solchen Zuständen das Schmarotzer- und Speicheldröckertum in schändlicher Weise steht, wird sich wohl jeder denken und war es deshalb bis jetzt unmöglich, die Organisation in dieser Bude zu fördern. Die schönste Einrichtung in der Fabrik ist die Kantine; in derselben gibt es nur Bier, pro Liter 20 Pf., jedoch haben die Arbeiter nicht das Recht, zu bestimmen, welche Brauerei das Bier liefern soll. Wäre Jungen behaupten, daß diejenigen Brauereien, die der Firma den höchsten Landpacht zahlen, das Bier liefern. Das Bier ist oft von solcher Beschaffenheit, daß es die Arbeiter als Stinbier bezeichnen. Auch von einem Pferdehandel weiß man zu erzählen; darnach hat die Firma ein Pferd an eine Brauerei für 80 Marktochter Bier verkauft respektive veräußert. Dieses Bier sei von solcher Güte gewesen, daß es den Namen Pferdebiere verdient hatte. Es läßt sich die strenge Absperrung der Fabrik nur dadurch erklären, um die Arbeiter zu zwingen, diesen edlen Trank zu konsumieren. Das Biertrinken ist überhaupt die einzige Freiheit in dieser Fabrik, und deshalb glauben wohl manche Arbeiter, daß es nirgend so schön ist als bei der Firma Claes & Flentje. Trotz dieser ungeschönen Dinge im Innern versteht es die Firma nach außen den Schein des „guten Einvernehmens“ zu erwecken. So zirkulierte bei der 100jährigen Preußenfeier 1902 eine Liste, in die sich alle diejenigen eintragen sollten, die sich an dem Festtag, wofür sich die Firma besonders interessierte, beteiligen wollten. Da nun viele Arbeiter nicht unterzeichnet hatten, zirkulierte die Liste nochmals. Diesmal mit besserem Erfolg; es hatten alle unterzeichnet. Der rote Adlerorden war der herrliche Lohn dieser Mühe. Da „man“ auch noch auf den Kommerzialrat hofft, sind die Arbeiter gespannt, ob die Firma anlässlich des bevorstehenden Kaiserbesuchs hier es abermals versuchen wird, die Arbeiter zu Kundgebungen zu zwingen, die ihrer wahren Gesinnung widersprechen. — Verschiedene Feindesbestätigten die Ausführungen des Referenten. Am Schlusse seiner Rede wies Kollege Maschall darauf hin, daß nur die Arbeiter wegen ihrer Gleichgültigkeit die Schuld an solchen Zuständen tragen. Nachdem er noch die Vorteile des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes klargestellt und die Anwesenden zum Eintritt in denselben aufgefordert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 23. März in Hertings Lokal stattfindende, hauptsächlich von Arbeitern der Firma Claes & Flentje zahlreich besuchte Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Maschall, einverstanden und spricht ihre Verurteilung über die Behandlung und teilweise sehr geringe Entlohnung sowie über alle anderen Mißstände aus. Die Anwesenden versprechen, nach besten Kräften für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation zu sorgen. — Eine Anzahl Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

**Neustadt i. M.** Viel hört man nicht von unserem Orte, weil die Bewegung hier noch auf sehr frühen Stufen steht. Das Eingehen der Waggonfabrik Johann Albrechts Werke (Aktiengesellschaft) trägt auch wohl die meiste Schuld daran. Doch da das Werk wieder eröffnet ist, sollte man meinen, es müßte sich die Zahlstelle wieder heben, was jedoch nicht der Fall ist. Die jetzigen Arbeiter, mit sehr wenigen Ausnahmen, ziehen es vor, der Organisation fernzuzustehen, und doch haben sie allen Grund, sich ihr anzuschließen. Im Betrieb sind ungefähr 45 Arbeiter beschäftigt, auch eine Menge Beamte sind da (12). Daher mag es auch kommen, daß die Löhne fürchtbar niedrig sind. 2 Mk. für Hilfsleute sind die Regel, gelehrten Arbeitern wird 2,20 bis 2,30 Mk. geboten. 2,50 Mk. erhalten einige Formier, denn mehr will die Firma nicht bezahlen. Zwei Formier sollten 3 Mk. erhalten; der eine, der ohne Kündigung entlassen wurde, erhielt den Lohn richtig, bei dem anderen wurde es verjagt, ihm mit 2,80 Mk. abzuspeisen. Auf dessen Vorgehen wurde ihm allerdings gesagt, es läge ein Versehen vor. Einige Ausnahmen gibt es ja auch. Ein Formier erhält 3,50 Mk., einer sogar 3,80 Mk., aber dafür sind das auch des Meisters Freunde. Die Schloßer erhalten auch nur 23 bis 25 Pf. Stundenlohn. Mit diesem geringen Wochenlohn kann man an einem solchen Orte wie Neustadt, wo ein Lohnniveau besteht und dementsprechend die Wohnungs- und Lebensmittelpreise auch sehr teuer sind, kaum existieren. Nun zum Betrieb selber. Die Leitung des Betriebes hat ein technisch gebildeter Herr (A. Dreku, ein geborener Rumänier), der besonders durch seinen schneidigen Gang und seine Antreiberei auffällt. Durch sein Benehmen hat er sich auch nicht gerade die Zuneigung der Arbeiter erworben. Der Formiermeister hat nicht viel zu melden in der Gießerei, denn hier regiert eigentlich nur der Ingenieur A., der seine praktische Ausbildung in einer fünf- oder sechsmonatlichen Volontärszeit erlangt hat. Dieser Herr hat auch die Absicht, Akford einzuführen, was in diesem Betrieb eigentlich unmöglich ist. Der Akford funktioniert schlecht, die Einrichtung ist überhaupt mangelhaft. Sandkasten fehlen und mit Stiften soll man fürchtbar sparen. Waghinrichtung ist nicht vorhanden. Bei der in Aussicht genommenen Akfordarbeit soll der Arbeiter, nach Ausspruch des Direktors, ungefähr 1 bis 2 Pf. die Stunde mehr verdienen. Diesen lächerlichen Lohn erhält man in vierzehntägigen Fristen ausbezahlt. Acht Tage werden einbehalten. Vorwärts gibt es überhaupt nicht. Und zu all diesem soll man schweigen. Sagt man etwas, so fliegt man unbarmherzig hinaus. So mußte ein Kollege aufhören, weil er die Wahl der Kranenlassenbesitzer umließ wegen grober Wahlbeeinflussung; allerdings wurde Arbeitsverweigerung vorgegeben. Doch wenn derselbe als unzufriedenes „Element“ und „Aufwieglar“ bezeichnet wird, so kann man leicht den Zusammenhang finden.

**Neustadt i. M.** Bei der Firma Waldbauer in Neustadt (Bügelmaschinenfabrik) haben die Gärtler und Schleifer gekündigt, da sie sich den Lohnabzug nicht gefallen lassen wollen. Zugang ist fernzuhalten.

**Stuttgart.** Ein reiner Laubenschlag ist die Firma Reins, Fabrik für Bauartikel, Bahnhofstraße 87, geworden. Nicht nur diejenigen Arbeiter, die wegen der allgemeinen schlechten Arbeitsbedingungen gezwungen sind, dort Arbeit zu nehmen, suchen so schnell als möglich wieder den Staub dieses Eldorados von ihren Kantonten zu schütteln, sondern auch alte, Jahre und Jahrzehnte lang dort beschäftigte Arbeiter ziehen es vor, sich anderweitig Beschäftigung zu suchen. Auf die außerordentliche Überlastung, die den Arbeitern vor Weihnachten im Gestalt von allgemeinen Lohnabzügen und sonstigen Verschlechterungen zu Teil wurde, folgten noch verschiedene andere. So z. B. wurden die horrenden Sätze für Wohnungszulage von 1,50 Mk. pro Tag für verheiratete und 1,25 Mk. für ledige Arbeiter, inklusive Übernachten, wie sie früher bestanden hatten, nun ganz abgeschafft und sollten in jedem einzelnen Falle der „freien Vereinbarung“ der Firma mit dem betreffenden Arbeiter überlassen werden. Es kam vor, daß Arbeitern für Montagearbeit überhaupt keine Entlohnung geboten wurde. Einige Arbeiter, die eine solche Montagelohnzulage von 1,25 Mk. erhalten sollten, beschwerten sich bei Herrn Reins persönlich, daß sie bei der verkürzten Arbeitszeit, wie bei Bitterungszuständen, nicht mit dieser Zulage auskommen könnten. Herr Reins sicherte ihnen nun zu, daß sie unbeschadet der Zeit, die sie tatsächlich arbeiten, 10 Stunden pro Tag verrechnen könnten. Trotz dieser Zusicherung erhielten die Arbeiter doch nur diejenige Zeit verrechnet, die sie gearbeitet hatten, sie bekamen aber auch keine höhere Montagelohnzulage. Als sie mit dem Gewerbeamt drohten, erhielten sie die Antwort, man sehe ein, daß wenn sie klagen, sie Recht erhielten und deshalb erhielten sie die ihnen zukommende

Summe ausbezahlt. Dr sie aber auf ihrem Recht bestanden, wurden sie entlassen. In der letzten Zeit gelang es zwar wieder eine kleine Besserung zu erzielen, indem die Montagesulage für verarbeitete Arbeiter auf 1,70 Mt. festgesetzt wurde. Wie die Arbeiter hiermit für Übernahmen und Verfertigung auskommen sollen, bleibt allerdings noch für manchen Rechenschaft ein Rätsel. Diese Verbesserung ist hauptsächlich auf den großen Wechsel der Arbeiter bei der Firma zurückzuführen, so daß sie im eigenen Interesse gezwungen war, die Verbesserung hier und da einzutreten zu lassen. Daß nicht mehr Zugeständnisse gemacht wurden, liegt lediglich daran, daß sich immer noch Arbeiter finden, die unter diesen Verhältnissen dort Arbeit annehmen. So ist hauptsächlich der Zuzug von arbeitslosen Kollegen aus Wasseralfingen, wo ebenfalls Eisenkonstruktionsarbeiten u. s. w., gemacht werden, ein großer, da dort 25 Prozent der Arbeiter entlassen wurden. Wir machen die Kollegen auf diese Zustände aufmerksam; sämtliche nach Stuttgart kommende Kollegen sollen sich vorsehen, daß sie durch Eintritt in dieses Geschäft nicht vom Regen in die Traufe kommen. Die Stuttgarter Metallarbeiter kennen diesen Betrieb und seinen Ruf.

**Schläger.**

**Mürnberg, 6. April.** (Generalzustand im Metallschlaggewerbe.) Zu einem Schlage größeren Stils haben sich die Meister dieses Berufs in den Hauptorten der Metallschlagerbranche entschlossen. Sie haben zu einer Aktion ihre Zuflucht genommen, die man sonst als Charakteristikum der Scharfmacher zu betrachten gewohnt ist. Der Zweck dieser Aktion ist aber ein wesentlich anderer. Es handelt sich nicht um Vernichtung der Organisation, nicht um Eindämmung ihrer Bestrebungen, sondern um Erhöhung der Produktpreise. Um die Sache zu verstehen, bedarf es einiger Worte über dieses Gewerbe. Der Beruf der Metallschläger gehört zum ehrfamen Handwerk, dem der „goldne Boden“ trotz Zwangs- und freier Zrennung unter den Füßen verloren gegangen ist. Die Mehrzahl der Meister dieses Berufs sind nicht wohlbegüterte Handwerkermeister, sondern sie sind zu der traurigen Rolle der sogenannten Lohnmeister verdammt. Ihre Existenz verbanden sie häufig fremdem Gelde; Kaufleute und Händler geben ihnen Werkzeug u. gegen Wechsel oder Schuldverschreibung und sie wenden ihnen dann ihre Aufträge zu. Selbstverständlich sind diese Aufträge in den seltensten Fällen derart lohnend, daß die Meister durch ihre Überschüsse und die Müdigkeit daraus sich von „ihren Wohlgeleitern“ loskaufen und dadurch unabhängig machen können. Sie befinden sich daher in einem dauernden Abhängigkeitsverhältnis von ihren Kaufleuten, die natürlich auch die ihre Überlegenheit rücksichtslos für sich ausnützen. Dieser Druck der Kaufleute, der sich bei jeder Ablieferung und Abrechnung fühlbar macht, hat aber nicht die Wirkung, daß sich die Meister ihrer Haut wehren, sondern gerade das Gegenteil. Sie suchen ihre Einmahnen durch Überzeitarbeit, Lehrlingsausbeutung und sonstige Mittel zu erhöhen und machen sich eine geradezu skandalöse Konkurrenz. Sie liegen den Kaufleuten auf und belästigen sie bei flauem Geschäftsgang durch Hausieren mit ihrer Ware. Diese schon seit Jahren geübte Gepflogenheit der Meister oder eines großen Teiles derselben bedingt natürlich Arbeitsverhältnisse, die jeder Beschreibung spotten. Die Lage der Meister steht in nicht seltenen Fällen bedeutend tiefer als die der Gehilfen. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse in Ostfachsen, besonders in Großschönau, Zittau und Bautzen. Die ostfächsischen Metallschlagermeister haben durch all diese Manipulationen es soweit gebracht, daß die Söhne ihrer Arbeiter sowie der Verdienst der Meister selbst am niedrigsten, die Gehilfen aber hochgradig im Schwünge ist und daß gerade Ostfachsen den übrigen Metallschlagerorten eine ganz empfindliche Konkurrenz bereitet. Diese Umstände legen es den Arbeitern nahe, zunächst hier eine Verbesserung anzustreben. Es wurde seitens der Arbeiter eine Vorlage ausgearbeitet und den Meistern jugestellt. Den Beratungen gegenüber beobachteten die Meister die Taktik der Verschleppung. Es ist jetzt drei Monate, daß den Meistern die Vorschläge der Arbeiter zugingen, eine Verhandlung konnte aber nicht herbeigeführt werden. Den Arbeitern blieb keine andere Wahl, als ihren Forderungen durch Arbeitsniederlegung den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Die Kündigung erfolgte denn auch in allen Betrieben und traten in Großschönau, Zittau und Bautzen die Arbeiter am Samstag den 4. April in den Ausstand. Dieser Ausstand wirkte belebend auf die übrigen Schlägerorte. In Fürth, wo sich die Arbeiter ebenfalls seit langem mit dem Gedanken trugen, eine Lohnerschließung durchzuführen und zu diesem Zwecke die Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche seit September vorigen Jahres verkürzt hatten, versuchten die Meister, ebenfalls ihren Verdienst zu erhöhen und griffen, da ihnen der Weg der Produktionserschließung zu langsam und beschwerlich erschien, zu dem nicht ungenüßlichen Mittel der Provokation, um die Arbeiter dadurch in einen Ausstand zu drängen und so vollständigen Stillstand der Produktion herbeizuführen. Man nutzte den Ausstand zu, statt der bisher 48 Stunden währenden Arbeitswoche fünfzig bis 54 Stunden zu arbeiten und sperrte, als sich die Arbeiter dessen weigerten, die Lente einfach aus. Man beschränkte sich hierbei aber nicht nur auf die sich weigernden Arbeiter, sondern man sperrte auch diejenigen aus, die bereit waren, die längere Arbeitszeit anzunehmen. Ebenso kündigte man den vollständig unbeteiligten Arbeitern in Dresden. Der Zweck dieses Vorgehens ist sehr durchsichtig. Die Meister wissen, daß die Arbeiter auf die erfolgte Auslieferung mit Forderungen antworten werden. Das wollen sie erreichen und diese Forderungen der Arbeiter wollen sie nachher benutzen, um mit diesen ihre Forderungen an die Kaufleute zu motivieren. Aus dieser Absicht machen die Meister kein Geheimnis. Sie erklären rund und nett, daß ihre junge Organisation allein diesen Kampf nicht durchführen könne und daß sie der Arbeiterorganisation dazu bedürfen. Diese soll Arbeitsruhe auf der ganzen Linie herbeiführen. Die Arbeiter weigern sich dessen natürlich so lange, als ihnen nicht bestimmte Zugeständnisse gemacht werden. Sie haben deswegen ihre Beihilfe von dem Resultat etwaiger Unterhandlungen abhängig gemacht und wollen nur dann etwas tun, wenn ihnen ihre Forderungen wenigstens in der Hauptfache bewilligt werden. Die Meister haben in Verhandlungen auf der Grundlage des eingereichten Tariffs gewilligt und finden dieselben noch heute statt. Im Ausstand befinden sich: in Ostfachsen 116, in Fürth 668 Personen, zusammen also 784 Personen. Zu diesen dürften noch die Arbeiter in Dresden, Nürnberg, Schwabach, München und Lechhausen kommen, so daß die Zahl derselben weit über 1000 Mann betragen wird, sofern nicht vorher eine Verkündigung erfolgt.

**Schlosser.**

**Landau i. W.** (Folgen des Submissionsunwesens.) Der Bau-firma Schellenberger & Co. in München wurde das Bauwerk des hiesigen Kasernenneubaus als Mindestnehmende übertragen. Da sie aber den Preis zu hoch abgedrückt, mußte sie den Konkurs anmelden. Der Schlossermeister Christian Eichbaum aus Augsburg, der die Schlosserarbeit um 9000 Mt. billiger übernommen, wie die hiesigen Schlossermeister, möchte nun dem gleichen Schicksal dadurch vorbeugen, daß er seinen Arbeitern, die in Augsburg 2,20 Mt. pro Tag hatten und hier mit 80 Pfg. Tageszulage arbeiteten, Abzüge machte. Er schrieb ihnen vorige Woche er müsse ihnen, da er seine Rechnung nicht finde, abziehen, sie sollten es aber nicht in den Wirtschaften erzählen, denn es mache einen schlechten Eindruck auf ihn wie auf sie. Da aber die Kollegen eine Lohnerschließung anstreben wollten, indem 3 Mt. pro Tag für die hiesigen Verhältnisse unbedingt zu wenig sind und sie zudem arbeiten wollen wie im Afford, haben sie es vorgezogen, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln. Es mögen sich daher die Augsburger Kollegen überzeugen, bevor sie hierher gehen, um nicht nach 8 oder 14 Tagen das gleiche zu erfahren.

**Rundschau.**

**Die Kühnemänner an der Arbeit.**

Der Mannheimer Volksstimme ist folgendes Schreiben auf den Redaktionsstisch geflogen: „Verband der Metallindustriellen Wadens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke. Mannheim, 2. April 1903. Vom Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller in Berlin

ging uns folgendes Rundschreiben vom 30. März zu, welches wir Ihnen zur gefälligen Beachtung hierdurch mitteilen: „Infolge des Beschlusses in der Ausschussung vom 23. September 1899 haben wir die Verpflichtung übernommen, Sie zu bitten, den Mitgliedern Ihres Verbandes rechtzeitig Benachrichtigung darüber zukommen zu lassen, daß die Feier des 1. Mai in unseren Betrieben nicht geduldet wird und die Feiern als Streikende zu betrachten sind. Demgemäß wollen Sie Notwendiges ihres Mitgliedschafts mitteilen, damit in sämtlichen Betrieben ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.“ Hochachtungsvoll Verband der Metallindustriellen Wadens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke. Der Vorstand: Heinrich Vögele.“

**Niederträchtig!**

Der Norddeutsche Lloyd hat in brutaler Willkür Recht und Gesetz mit Füßen getreten; er hat sämtliche Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der Kohlen- und Labungsarbeiter des Hafnarbeiterverbandes (Zahlstelle Bremerhaven) gemißhandelt, um die organisierten Arbeiter zum Streik zu provozieren. Als diese Provokation an der Vernunft der Arbeiter scheiterte, wurde von sämtlichen Arbeitern der Austritt aus dem Hafnarbeiterverband und Ablieferung des Mitgliedsbuches verlangt, wenn die Arbeiter Beschäftigung erhalten wollten. Die Arbeiter ließen sich auch hierdurch nicht in den Streik treiben, und traten, um den Streik zu vermeiden, 1100 Hafnarbeiter durch diesen Terrorismus des Lloyd aus dem Verband aus. Vor aller Welt soll konstatiert werden, daß der Lloyd kein Mittel unversucht gelassen hat, den Streik zu provozieren. Über Recht und Gesetz setzt sich eine Kapitalistenklasse ohne Skrupel hinweg. In welcher Weise dies geschieht, kann man an folgender Bekanntmachung des Lloyd in der bürgerlichen Presse ersehen:

„An die auf unseren Schiffen beschäftigten Labungs- und Kohlenarbeiter! Nach dem uns vorliegenden Bericht hat ein Teil der Arbeiter bei der gestrigen Anmeldung zu dem aus Nichtmitgliedern des Hafnarbeiterverbandes zu bildenden Gängen und zur Anmeldung zur Pensionkasse die Quittungsbücher des Hafnarbeiterverbandes nicht abgeliefert, deren Ablieferung als Beweis des Austrittes aus dem Hafnarbeiterverband von uns verlangt war. Wir fordern die Arbeiter auf, soweit die Auslieferung dieser Bücher inzwischen nicht erfolgt ist, dies bis morgen Mittag 1 Uhr nachzuholen, da wir nur solche Arbeiter, welche die Quittungsbücher des Hafnarbeiterverbandes ausgeliefert haben, als aus diesem ausgetreten ansehen werden.“

Bremen, den 24. März 1903.

**Norddeutscher Lloyd.**

Die erste Quittung für sein brutales Vorgehen wird der Norddeutsche Lloyd bei der diesjährigen Reichstagswahl erhalten. Der jetzige Vertreter des brennlichen Wahlkreises, der „freisinnige“ Herr Frese, sitzt im Ausschussrat des Lloyd; er hat es nicht für notwendig gehalten, gegen die brutale Vergewaltigung, gegen die unerhörten Rechtsbrüche Einsprüche zu erheben, viel weniger versucht, solche zu verhindern.

**Aus der Kruppischen Wohltätigkeitsanstalt.**

Am 2. April wurde in der Geschloßdreherei der Kruppischen Fabrik in Essen bekannt gemacht, daß die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird, doch sei damit zugleich eine Lohnreduzierung von 20 Prozent verbunden. „Die geübte Gewohnheit“ der Arbeiter wird durch diese Maßregel, von der 600 Arbeiter betroffen werden, wieder einmal herrlich illustriert. Und welche Ironie des Schicksals, daß dies durch die Mutteranstalt Krupp geschieht. Die Dortmunder Arbeiterzeitung macht besonders darauf aufmerksam, daß zu den berühmten Wohltätigkeitsleistungen der Kruppischen Fabrik auch eine Sparbank gehört, die aber noch nicht berüchtigt geworden sei. Die Arbeiter werden auf Schritt und Tritt verfolgt mit der Aufforderung zum Sparen. Solche Aufforderungen sind in allen Werkstätten ausgehängt, an den Wegen der Fabrik angeschlagen und werden jeder Lohnbühne beigegeben. Und nun eine Lohnreduktion von 20 Prozent! Die Sparwelt der Kruppischen Leitung zeigt sich auch hier lebendige Blüten. In einer Werkstätte kaufte jemand einem Kruppischen Arbeiter für 20 Pf. seine Lohnbühne mit Inhalt, den Akkordüberschuß von zwei Wochen enthaltend, ab. Auf der Bühne sind 14 Pf. Mehrverdienst vermerkt. Da die Firma Pfennige aber nicht auszahlt, so erhielt der Mann 10 Pf. ausbezahlt, er mußte sich somit noch einen Abzug von 40 Prozent gefallen lassen. Wie hoch nimmt sich der Rückseite der Lohnbühne befindliche Vermerk aus, welcher eine Anweisung zur Benutzung des Kruppischen Sparebureaus enthält.

**Der Prozeß der Hamburgerischen Werftarbeiter**

gegen die Hamburg-Amerikanische Paktfahrt und gegen die Firma Hohlum & Voss ist nunmehr endgültig entschieden. Bekanntlich wurden im Sommer 1900 im Verlauf eines Streiks von 100 Rietern der Reiherrstiegeverft fast sämtliche Werftarbeiter Hamburgs ausgeperrt. Mit der Begründung, daß sie infolge der unberechtigten Aussperrung für längere Zeit jeder Arbeitsgelegenheit beraubt worden seien, klagten darauf 11 Werftarbeiter gegen die erlittenen beiden Firmen auf Schadenersatz. Sie wurden vom Landgericht, vom Oberlandesgericht und jetzt auch vom Reichsgericht abgewiesen. Die Arbeiter, so sagt das Reichsgericht, üben oft die Befugnis aus, die streikenden Arbeiter mit Geld oder durch weitere Arbeits-einstellungen zu unterstützen, und betrachten dies jedenfalls nicht als gegen die guten Sitten verstoßend; aus denselben Gründen muß es auch den Arbeitgebern freistehen, sich zu vereinigen und gegen die Arbeiter Maßregeln zu ergreifen.

**Das Ende eines Unternehmerschülings.**

Aus Sangerhausen meldet man dem Haleschen Volksblatt, daß der feinerzeitige Schülbling der Haleschen Polizei und des General-Anzeigers, der berühmte Former Karl Wülfemann wegen eines Überfalles auf den Major Priem zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre 6 Monate beantragt. Die Verhandlung fand vor der Strafkammer in Nordhausen statt. Die Verhältnisse dieses Menschen würden an sich keiner Betrachtung wert sein, wenn nicht die Arbeiter wüßten, daß er vor drei Jahren in einer Fabrik arbeitete und nach seiner Entlassung durch ein wohlprapariertes Zeugnis der Firma, das in der bürgerlichen Presse mit großem Aufwand von Entrüstung veröffentlicht wurde, nachweises wollte, er sei das Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus geworden. Er hatte auch eine Klage gegen den verstorbenen Genossen Swientz angestrengt, sie aber wohlweislich rechtzeitig zurückgezogen. Die Unternehmer haben Pech mit ihren Paradedefern!

**Zu den Gewerbegerichtswahlen**

in Nürnberg, die demnächst stattfinden, stellte der Ortsverband der Hirsch-Dundelchen Gewerbevereine an das Gewerkschaftsamt den Antrag, von den zu wählenden 18 Beisitzern und 18 Hilfsbeisitzern aus dem Arbeitnehmerstande dem Ortsverband in Art eines freiwilligen Prozentsatzes zwei Beisitzer und Hilfsbeisitzer einzuräumen. Das Gewerkschaftsamt befaßt sich in längerer Diskussion mit diesem Antrag und formuliert eine Antwort an den Ortsverband, worin darauf hingewiesen wird, daß die Hirsch-Dundelchen Gewerbevereine überall dort, wo sie in Gemeinschaft mit den christlichen Arbeiterorganisationen bei Gewerbegerichtswahlen die Mehrheit haben, von ihrem Rechte der Weisheit vollen Gebrauch machen und nicht daran denken, den freien Gewerkschaften auf Grund eines freiwilligen Proportionalwahlsystems Sitz und Stimme im Gewerbe-gericht zu verschaffen. Trotzdem will das Gewerkschaftsamt Nürnberg dem Ortsverband entgegenkommen und ihm, auf Grund des Stimmverhältnisses der letzten Wahl, wo über 17/10 aller Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen, je einen Beisitzer

und Ersatzmann einräumen. Ferner wurde bemerkt, daß die freien Gewerkschaften im Prinzip für ein überall und ausnahmslos eingeführtes Proportionalwahlsystem eintreten, während sie das freiwillige Proportionalwahlsystem nicht als Verpflichtung anerkennen.

**Über einen schrecklichen Unglücksfall**

wird uns aus Fürth i. Bayern folgendes berichtet: In dem Metallhammerwerk Neumühle bei Stein (der Firma Eiermann & Zabor in Fürth gehörig) fand am 25. März, wenige Minuten vor 12 Uhr mittags, eine Explosion des Erzhautlars statt und sofort war alles ein Flammenmeer. An dem erst vor 4 Jahren neu erbauten Fabrikgebäude (Aluminiumbronzestampfer) wurden die Fenster und das Dach vollständig zerstört. Die Staubleitungsrohre befanden sich glücklicherweise nicht unter dem Fußboden, sondern in der Höhe über den Maschinen, sonst wäre das Unglück unberechenbar gewesen. Der Staubfammelkasten, aus starkem Schwarzblech und Winteleisen, wurde mit solcher Wucht auseinandergetrieben, daß die einzelnen Teile mehrere Meter weit geschleudert wurden. Die Leitungsrohre sind jetzt zum Teil gerade Blechreifen. Die Zinkblechabdeckung des einen Giebel liegt hoch oben auf einem Pappelbaum. Am anstoßenden alten Fabrikgebäude wurden ebenfalls mehrere Fenster und Türen zertrümmert. Ungefähr 33 Zentner Aluminiumbronzes sind vernichtet.

Weiter kamen auch 11 Arbeiter mehr oder weniger zu Schaden. Die mit dem leicht entzündlichen Aluminiumstaub bedeckten Kleider der Arbeiter brannten sofort lichterloh. Der Vorarbeiter Loos, die Arbeiter Rauh, Schaller und Wesslinger erlitten so schwere Brandwunden, daß sie in das Zentrifugal-Krankenhaus gebracht werden mußten. Wesslinger stürzte sich in die vorbeifließende Redwitz, die anderen drei wurden im Hofe von den zu Hilfe eilenden Arbeitern gelöst. Hierbei verbrannte sich der Vorarbeiter Schaller die linke Hand und den Arm ziemlich schwer. Der Bronzemeister Ruppel erlitt ebenfalls im Gesicht und an einer Hand Brandwunden.

Als ein Wunder ist es fast zu betrachten, daß die vier schwerverletzten Arbeiter zwischen den eng nebeneinander stehenden brennenden Maschinen hindurch noch den Ausgang ins Freie gewinnen konnten. Am 26. März abends ist der Vorarbeiter Loos seinen Verletzungen erlegen. Die übrigen drei befinden sich noch in Lebensgefahr. Loos hinterläßt eine kranke Frau und 7 Kinder. Über die Entstehungsurache sind sich selbst Sachleute noch im Unklaren. Wenige Minuten zuvor haben noch die Vorarbeiter die Schweißapparate des Erzhautlars nachgesehen, und kaum hatte der eine den Betrieb verlassen, als ein furchtbarer Knall erfolgte und alles in Flammen stand.

**Vom Recht der Ausländer auf Unfallrente.**

Der erweiterte Senat des Reichsversicherungsamtes hatte die prinzipielle Frage zu entscheiden, ob § 94 Ziffer 2 des neuen Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes auch auf Rentenempfänger angewendet ist, die unter dem alten Gesetz verunglückten. Nach § 94 Ziffer 2 ruht das Recht eines Ausländers auf Bezug einer Rente, so lange der Berechtigte nicht im Inland seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat. Diese nach § 37 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes auch für die Bauarbeiter geltende Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesrates für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge bewährt wird, außer Kraft gesetzt werden. Hieron hat der Bundesrat bezüglich Österreich-Ungarns und Italiens Gebrauch gemacht. — Der alte § 89 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes konnte nur das Recht des Rentenanspruches eines Ausländers während seines Aufenthaltes im Ausland. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft glaubte, diesen alten Paragraphen auch noch nach dem 1. Oktober 1900 erfolgten Inkrafttreten der neuen Gesetze unter den neuen Rechtsverhältnissen gegenüber einem italienischen Bauarbeiter anwenden zu können, weil er seine Rentenansprüche unter dem alten Rechtszustand in Deutschland erworben hatte. Der verlegte Paolotti lehnte Anfang Januar 1902 nach Italien zurück und half darauf stellte die Berufsgenossenschaft die Rentenzahlung ein. Auf die Berufung Paolottis, den der italienische Konsul vertrat, verurteilte jedoch das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft zur Weitergewährung der Rente. Es wäre das neue Recht anzuwenden, weil der Kläger erst unter dem neuen Rechtszustand nach Italien verzogen sei. Unergeblieh wäre, daß der Unfall und die Rentenzahlung unter dem alten Recht erfolgten. — Die Berufsgenossenschaft legte Rekurs ein und machte geltend, die neuen Bestimmungen hätten keine rückwirkende Kraft auf Verletzte mit Ansprüchen aus der früheren Zeit, wo die jetzt durch Bundesratsbeschluß für Italiener und Österreicher geschaffene Ausnahme noch nicht möglich war. Der erweiterte Senat des Reichsversicherungsamtes unter dem Vorsitz des Präsidenten Gabel verwarf den Rekurs der Berufsgenossenschaft mit folgender Begründung: Die Vorentscheidung sei zutreffend. In allen Fällen, wo nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ein rentenberechtigter italienischer Arbeiter wieder nach dem Ausland verzog, seien die Berufsgenossenschaften mit Rücksicht auf die angeführten Bestimmungen in Verbindung mit dem Bundesratsbeschluß nicht berechtigt, noch nach dem alten Gesetz zu verfahren. Das Urteil berührt natürlich auch die Österreicher.

**Vom Ausland.**

**Norwegen.**

Der Vorstand des norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes schreibt uns aus Christiania unter dem 30. März 1903 folgenden Situationsbericht, der ein interessantes Bild zur Beurteilung der Organisations- u. Verhältnisse in der dortigen Eisenindustrie bietet. Das Schreiben lautet:

Es ist uns eine große Freude, unseren deutschen Kollegen mitteilen zu können, daß unser Verband während der letzten Jahre und vor allem seit Neujahr dieses Jahres sich in einem starken Wachstum befindet. Zur Zeit des Verbandstages 1902 betrug die Mitgliederzahl circa 3000, das sind etwa 50 Prozent der Gesamtzahl der norwegischen Metallarbeiter. Heute ist diese Zahl auf 4800 gestiegen. Dementsprechend hat sich naturgemäß auch die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes gehoben. Diese Erfolge, in Verbindung mit dem erfreulichen Interesse und Verständnis der sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen in unseren Mitgliederkreisen, berechtigen uns zu sagen, daß unser Verband lebenskräftiger als je zuvor daheft. Es fehlt uns aber auch nicht an Gelegenheiten, auf die Kraft auf die Probe zu stellen, denn das Wachstum unserer Organisation hat gleichzeitig eine Organisation der Unternehmer bewirkt, so daß diese gegenwärtig propheter und übermächtiger als zuvor auftreten. Die elenden Lohnverhältnisse auf dem Weltland haben uns gezwungen, unser Hauptaugenmerk auf die Verbesserung dieser Zustände zu legen. Auf dem letzten Verbandstag richteten die Delegierten der westländischen Vereine eine Resolution ein, die auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohnverhältnisse dort hinwies und dem Vorstand auftrug, die nötigen Schritte in dieser Richtung zu veranlassen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Demgemäß leitete der Vorsitzende des Verbandes, Kollega M. Ormestad, im Februar dieses Jahres eine diesbezügliche Aktion ein. Bei seiner Anwesenheit in Bergen wurde in Gemeinschaft mit dem dortigen Ortsvorstand unsere Lohnforderung ausgearbeitet und den Arbeitgebern unterbreitet. Nach einer zuvor ausgearbeiteten Statistik stellten sich die Lohnverhältnisse auf dem Weltland im Verhältnis zu denen des Ostlandes wie folgt:

	Christiania (Ostl.)	Bergen (Westl.)
Maschinenarbeiter Stundenlohn	33,8 Ore im Durchschnitt	29,5 Ore
Schiffsbauer . . . . .	39,8 = = =	31,7 =
Reflektierende . . . . .	39,8 = = =	34,5 =
Schmiede . . . . .	37,2 = = =	32,6 =

Die jetzt gestellte Forderung, der eine ausführliche Begründung beigegeben wird, fordert eine Lohnhöhung von zwei bis drei Ore pro Stunde für selbständige (gelernte) Arbeiter, ferner einen Primus-

